

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

China und Tibet: wie**Feuer und Holz****(Betrachtungen zur****chinesischen Tibet-Politik)***
*

* * * * *

Gliederung:

1. Annäherungen an das Phänomen Tibet: Persönliche Eindrücke des Autors
2. Die vier Etappen der chinesischen Tibet-Politik seit 1949
 - 2.1. Die sog. "friedliche Befreiung Tibets" in den Jahren 1950/51
 - 2.2. Der Aufstand von 1959
 - 2.3. Die "Reformen"
 - 2.4. Die "historische Wende" von 1980
3. Das Für und Wider der chinesischen Ansprüche auf Tibet
 - 3.1. Legitimiert durch die Geschichte?
 - 3.1.1. Argumente zugunsten der VR China
 - 3.1.1.1. 600 Jahre "zivilisatorischer Macht"
 - 3.1.1.2. Ernennungsmacht und indirekte Herrschaft
 - 3.1.1.3. Direkte Herrschaft
 - 3.1.2. Contra
 - 3.2. Legitimiert durch "Befreiung"?
 - 3.2.1. Argumente zugunsten Chinas
 - 3.2.1.1. Die Befreiung von den äußeren Feinden
 - 3.2.1.2. Die Befreiung von den inneren Feinden
 - 3.2.2. Contra
 - 3.2.2.1. Befreiung von äußeren Feinden?
 - 3.2.2.2. Befreiung von inneren Feinden?
 - 3.2.2.2.1. Die "Wiedergutmachungen": ungenügend
 - 3.3. Legitimiert durch Leistung?
 - 3.3.1. Pro China
 - 3.3.2. Contra
 4. Schlußbetrachtungen

1. Annäherungen an das Phänomen Tibet: Persönliche Eindrücke des Autors

Es vergeht fast keine Diskussion zum Thema China, ohne daß die Frage: "Ja, aber Tibet?" aufs Tapet käme. Hier gilt es, Stellung zu nehmen. In der Tat sind zu der Frage, ob die chinesischen Ansprüche auf Tibet gerechtfertigt seien oder nicht, ganze Bibliotheken von Stellungnahmen abgegeben worden, die meist leidenschaftlich für die eine (tibetische Selbständigkeit) oder die andere Option (Zugehörigkeit zu China) plädieren.

Der Autor dieser Zeilen muß gestehen, daß er den chinesischen Argumenten nie hat ganz folgen können und daß er für das tibetische Selbständigkeitsstreben, das vermutlich von mehr als 95% der tibetanischen Bevölkerung geteilt wird, volles Verständnis hat. Tibet ist ein dunkler Fleck auf der Jacke Chinas, und es wäre zu wünschen, daß Beijing dem tibetischen Autonomieverlangen in Zukunft so weit entgegenkommt, wie es mit den Sicherheitsinteressen Chinas vereinbar ist. Zu diesem Zweck könnte ein eigenes Vertragswerk zwischen Beijing und Lhasa ausgehandelt werden, aufgrund dessen Tibet in seiner Innen- und Kulturpolitik autonom, in seiner Verteidigungs- und Außenpolitik insoweit teilsoverän sein sollte, als es um Fragen der Absicherung des strategischen Vorfeldes der VR China geht. Die 29-Punkte-Vereinbarung zwischen der Qing-Dynastie und der Lhasa-Theokratie von 1793 könnte dafür als Modell dienen.

Doch dies sind Wunschvorstellungen, deren Realisierung gegenwärtig auch nicht annähernd zur Debatte steht. Trotzdem sollte die chinesische Führung bedenken, daß sie durch ein solches Zugeständnis ein Zeichen des guten Willens setzt, das in der ganzen Welt gewürdigt würde. Andernfalls dürfte die "Annexion" Tibets stets einer der Hauptpfeile im Köcher aller antichinesisch argumentierenden Nachbarstaaten Chinas bleiben.

Der Autor wurde in seiner Ansicht von der "Nicht-Zugehörigkeit" Tibets durch Eindrücke bestätigt, die er bei zwei Reisen im Juni 1982 und im Oktober/November 1983 sammeln konnte. Auf der einen Seite beeindruckt zwar der technische Fortschritt und der materielle Aufschwung, den China in diese vom äußeren Bild her noch ganz mittelalterliche Region gebracht hat. Auf der anderen

Seite aber sind die Unterschiede zwischen tibetischer und Han-chinesischer Lebensweise so frappant, daß es fast unmöglich erscheint, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Zwei Welten stoßen hier aufeinander, wie sie sich gegensätzlich kaum denken lassen: hier ein noch in mittelalterlicher Glaubensinbrunst verharrendes Hirtenvolk, dort eine auf ihre atheistischen Anschauungen stolze Zuwandererbevölkerung von Kadern, Arbeitern, Soldaten und Bauern. Von krassestem Gegensatz auch die Landschaften, die der Besucher nach einem dreieinhalbstündigen Flug vorfindet: hier das rauhe, in 3.500 m über dem Meere liegende Hochgebirgstal von Lhasa mit seinen spärlichen Gingko-(Hochlandgerste-) und Rübenfeldern, seinen Kiesebenen, seinen Schafherden und seiner knöchernen Trockenheit, dort die von Fruchtbarkeit strotzende sattgrüne Chengdu-Ebene mit ihrem feuchtwarmen Klima, ihrer landwirtschaftlichen "Reinkultur" und ihren von Überbevölkerung berstenden Städten. "China und Tibet - das ist wie Feuer und Holz", soll der Dalai Lama gesagt haben.

Der Han-Chinese, der zum ersten Mal nach Tibet kommt, empfindet diesen Unterschied vermutlich noch stärker als ein Ausländer. Hier scheinen alle seine bisherigen Erfahrungen und Vorstellungen auf den Kopf gestellt; hier wird es für ihn im wahrsten Sinne des Wortes "exotisch". Der Reisebegleiter, der sich bisher locker gegeben und auch äußerlich leger gekleidet hatte, stellt sich vor Antritt der Reise ins tibetische Hochland innerlich und äußerlich um: Er nimmt Haltung an und verleiht diesem Wandel auch dadurch Ausdruck, daß er sich in seinen besten Anzug wirft. Es käme ihm kaum in den Sinn, sich ähnlich vor einer Einreise nach Xinjiang oder Südyunnan zu verhalten. Man macht sich darauf gefaßt, einer ganz anderen Welt zu begegnen - ähnlich als träte man die erste Reise ins Ausland an.

Auf der tibetischen Seite sind die Empfindungen gegenüber den Han-Chinesen ähnlich: Ein tibetanischer Pilger etwa, der nach Lhasa oder nach Tashilumpo reist, fühlt sich, sobald er mit den neueren Stadtvierteln in Berührung kommt, wie in eine andere Welt versetzt. Er ist dort fast so verloren wie sein Landsmann im alten "Ostt Tibet", der heutigen Provinz Qinghai, wenn er dort etwa vom Lande in die Hauptstadt Xining kommt, und doch ist hier eine gewisse Abstufung festzustellen. Während der am Kukonor- (Qing-

hai-) See gelegene alttibetische Bezirk Amdo in seinen kulturellen Ausdrucksformen (man denke an das berühmte Gumbum-Kloster nahe Xining) bereits seit der Ming-Zeit unter stark chinesischem Einfluß steht (der Baustil des Gumbum ist ein Beispiel dafür), ist der klassische Teil Tibets, nämlich Zentraltibet, selbst nach zweihundert Jahren Qing-Einfluß kaum sinisiert worden.

Diese Mauer der Fremdheit ist in den 33 Jahren seit der "Befreiung" um keinen einzigen Stein verkleinert worden; man hat den Eindruck, daß vielmehr das Gegenteil der Fall ist, nachdem die Chinesen versucht haben, eine bis zum Jahre 1959 noch voll intakte politische Kultur innerhalb weniger Jahre durch ein Revolutionsmodell zu ersetzen, das nicht einmal in China selbst funktioniert hat, geschweige denn in einem noch so tief mittelalterlich geprägten Land wie Tibet. Den so häufig zitierten "breiten Massen" blieb bei diesen "Befreiungs"-Vorgängen so gut wie kein Mitbestimmungsrecht. Es wurde ihnen von außen her eine Wirtschaftspolitik verordnet, die nichts mit den konkreten Naturgegebenheiten und Volksbedürfnissen zu tun hatte ("Getreide als Hauptkettenglied", Bevorzugung des Winterweizens gegenüber der Hochlandgerste, Vernachlässigung der spezifischen Konsumansprüche der Hirtenbevölkerung etc.); am verheerendsten aber wirkte sich die chinesische Präsenz auf das kulturelle und das religiöse Leben Tibets aus. Wie in vielleicht keinem anderen Land Asiens prägte im traditionellen Tibet die Religion das Alltagsleben bis in seine Einzelheiten hinein. Beeindruckend - ja erschütternd - die Religiosität, die der Besucher heute noch in jeder tibetischen Stadt auf Schritt und Tritt antrifft. Eine Macht, die hier eingreift, kann von der Bevölkerung einfach nur als repressiv und hassenswert empfunden werden! Tausende von Klöstern sind in den vergangenen Jahrzehnten zerstört worden. Wer solche Angaben für unglaubwürdig hält, fahre einmal die rund 350 km lange Straße von Lhasa nach Shigatse: Links und rechts der Straße bietet sich ein Anblick der Zerstörung. Überall, ob an Paßwindungen, in Gebirgstälern oder auf Anhöhen ragen verwitternde Ruinen von Klöstern, Burgen und Großbuddhastatuen in den Himmel. Das Zerstörungswerk ist ungeheuerlich und erbittert selbst einen Besucher, der den Chinesen sonst wohlgesonnen ist - wie sehr erst den gläubigen Tibetener!

Die offizielle Propaganda Beijings

schiebt diesen Vandalismus zwar "ultralinken" Fanatikern der Kulturrevolution in die Schuhe; doch wurde ein Teil des Zerstörungswerks bereits i.J. 1959 - also bei der Niederschlagung des damaligen Aufstands - angerichtet; bekanntestes Zeugnis dafür ist die Burg von Shigatse, die einst unmittelbar neben dem Kloster Tashilumpo auftrug und von der heute nur noch die wohl an die 150 m breite Basis erhalten ist, auf deren Sockel noch heute verwitterte kulturrevolutionäre Parolen zu lesen sind. Der Löwenanteil der Klöster mag zwar erst zwischen 1966 und 1976 vernichtet worden sein - gut: Aber welchen Unterschied macht dies für einen Tibeter!? Handelt es sich aus seinem Blickwinkel nicht allemale um Zerstörungen, die von China und von Chinesen angerichtet wurden?

Zwar brennen inzwischen die Buddha-Lampen wieder in den Tempeln, die wenigen erhalten gebliebenen Gebäude strahlen erneut im alten Glanz, die zerschlagenen Gesichter und Gliedmaßen der Heiligen- und Wächterfiguren werden komplettiert und ergänzt und die während der Kulturrevolution vernichteten Schriften neu gedruckt. Auch Mönche sind inzwischen wieder in den Klöstern sichtbar. Doch darf man sich ernsthaft fragen, ob diese "Sühnemaßnahmen" (oder handelt es sich hier am Ende vielleicht um tourismusfördernde Bemühungen?) vom Durchschnittstibeter als Kompensation für all die Verluste der vergangenen Jahre anerkannt werden. Auch dürfte sich so mancher Tibetener von dem Ausdruck milder Verachtung getroffen fühlen, den er von chinesischer Seite erfährt. Der Autor konnte beispielsweise beobachten, wie Chinesen vor dem Jokhang, dem Hauptheiligtum lamaistischer Religiosität, wo sich stündlich Hunderte von Pilgern zum Gebet niederwerfen, in aller Gemütsruhe Zigaretten rauchten, die Hände tief in ihre Hosentaschen vergruben und sich offensichtlich über die merkwürdige Proskynesis der Tibetener lustig machten. Tibetener werden, ohne daß dies je offen ausgesprochen würde, als primitiv empfunden: Dies wird besonders spürbar in den außerhalb der Autonomen Region liegenden osttibetischen Städten, z.B. in der Hauptstadt der Provinz Qinghai, Xining, wo sich die "vom Land kommenden" Tibeter mit ihrer Fellkleidung und ihrer struppigen Frisur reichlich exotisch ausnehmen; in den Städten des eigentlichen Tibet fällt der Unterschied zwar nicht so kraß ins Auge, er baut sich aber trotzdem

zwischen Chinesen und Tibetanern auf.

Noch ein weiteres Faktum dürfte den Tibetern nicht gerade sympathisch erscheinen, nämlich die Ubiquität des militärischen Elements. Überall die grünen Uniformen und die VBA-Lkw-Kolonnen auf den Pässen und in den Tälern; überall Kasernen mit ihren von Politparolen überzogenen Einfahrtstoren; überall Wachsoldaten an den Brücken. Niemand weiß genau, wieviele Soldaten in Tibet eigentlich stationiert sind; auch individuelle Beobachtungen geben keinen Aufschluß, da die Besatzungen häufig rotieren.

Was die Kommunikationsmittel angeht, so erscheint in der ganzen Autonomen Region nur eine einzige Tageszeitung auf Tibetisch, die im übrigen fast nur aus Nachdrucken chinesischer Vorlagen besteht und in der keine von all jenen Fragen beantwortet wird, die den Durchschnittstibeter doch eigentlich besonders interessieren müßte, so z.B. die Frage nach einer möglichen Rückkehr des Dalai Lama, nach den Bedingungen, die dieser an seine Rückkehr geknüpft hat, nach dem Produkt- und Ressourcentransfer von Tibet in die VR China und umgekehrt. Wie nun reagiert der Durchschnittstibeter auf solche Indizien einer als fremd empfundenen Vormundschaft?

Der Autor fand es bemerkenswert, daß er während seiner zwei Aufenthalte fast niemanden auf der Straße antraf, der das Chinesische auch nur einigermaßen zulänglich beherrschte; nicht einmal die Mönche, an die er sich gewandt hatte, konnten mit ihm mehr als zwei oder drei zusammenhängende Sätze sprechen. Einzige Ausnahme war eine Fabrikarbeiterin, die in einem von Han-Chinesen geleiteten Betrieb beschäftigt war. In keiner anderen vorher besuchten Provinz hat der Autor so viele Schwierigkeiten gehabt, mit dem Chinesischen weiterzukommen wie in Tibet. Aus diesem Befund lassen sich wohl nur zwei Schlüsse ziehen, nämlich daß die Tibetener entweder keinerlei Bereitschaft zur Erlernung des Chinesischen (der Sprache ihres "Vormunds") empfinden, oder aber daß es ihnen widerstrebt, sich mit einem Ausländer in dieser Sprache zu unterhalten.

Außerdem halten Tibetener eisern - wenn auch manchmal behindert durch Aktionen wie die Kulturrevolution - an ihrem Lebensstil fest: an den Pilgerfahrten, an ihren (den Chinesen so fremden)

Essensgewohnheiten (Milch, Butter, Gerstenbrot, Hammelfleisch), an ihrer Kleidung, vor allem aber am Lamaismus. Der Autor hatte vorher Länder besucht, in denen der Lamaismus ebenfalls weitverbreitet ist, u.a. Nepal und Ladakh. Nirgends allerdings läßt sich, seiner Meinung nach, die religiöse Inbrunst mit jener Leidenschaft messen, wie sie sowohl in Lhasa und Gyantse als auch in Tashilumpo "in der Luft lag". Auch hier muß man sich wieder fragen: Ist dies die ursprüngliche Religiosität oder handelt es sich hier um eine im Feuer langjähriger religiöser Verfolgung gehärtete und bestärkte Haltung? Hat man es hier m.a.W. mit einem "polnischen Element" in Tibet zu tun?

Soweit eine - zugegebenermaßen höchst subjektiv geratene - Einleitung, in der bereits eine Vorbewertung ausgesprochen ist. Nun zu den - objektiveren - Pro- und Contra-Argumenten.

2. Die vier Etappen der chinesischen Tibet- Politik seit 1949

Das chinesisch-tibetische Verhältnis wird vom offiziellen China im allgemeinen nach vier Etappen gegliedert: "friedliche Befreiung", "Niederwerfung des Putsches", "Reform" und historische Wende von 1980 (1). Diese vier Punkte sollen nachfolgend kurz skizziert werden, ergänzt durch ein weiteres, für Tibet ungemein einschneidendes Ereignis - nämlich die Kulturrevolution, die im Zusammenhang mit den "Reformen" zu behandeln ist.

2.1. Die sog. "friedliche Befreiung Tibets" in den Jahren 1950/51

Schon vier Monate nach Ausrufung der VR China forderte Beijing die Regierung in Lhasa auf, in die "große Familie des Vaterlands" zurückzukehren. Die tibetische Regierung sah sich vor die Wahl zwischen freiwilliger Kapitulation und militärischer Eroberung gestellt. Als sie sich weigerte, erhielt die VBA den Befehl zum Einmarsch in die Gegend des osttibetischen Chamdo (Changdu), wo es zu mehreren Gefechten und zur Kapitulation der schwachen tibetanischen Einheiten kam (Karte 1). Der Regierung in Lhasa blieb nun nichts anderes übrig, als auf das ursprüngliche Verhandlungsangebot einzugehen und eine Delegation nach Beijing zu entsenden (April 1951), die am 23. Mai 1951 jene berühmte "17-Punkte-Vereinbarung" über die friedliche Befreiung" unterzeich-

nete, derzufolge Tibet die Rückkehr in den Verband des chinesischen Staates versprach, während die VR China andererseits die Zusage gab, das "gegenwärtige politische System in Tibet nicht zu ändern". "Unter dem Druck der chinesischen Regierung... hatten wir keine andere Wahl...", stellte später der Dalai Lama fest (2). Aufgrund des Abkommens marschierte die VBA am 9. September 1951 in Lhasa ein. Am 29. April 1954 erkannte die Regierung Nehru in einem Abkommen mit China Tibet als einen Teil der Volksrepublik an.

In der chinesischen Version liest sich dies folgendermaßen: "Als das Neue China 1949 gegründet wurde, waren Tibets eine Million Leibeigene immer noch imperialistischer Aggression ausgesetzt und hatten unter der Unterdrückung durch die Feudalherrenklasse zu leiden. Die Partei und Vorsitzender Mao empfanden großes Mitgefühl für das Schicksal der Landsleute in Tibet... Im Januar 1950 benachrichtigte (sic!) die Zentrale Volksregierung die damalige Lokalregierung von Tibet und forderte sie auf, Repräsentanten nach Beijing zu Verhandlungen über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets zu entsenden. Aufgehetzt von Imperialisten und ausländischen Reaktionären handelten die damaligen tibetischen Lokalbehörden aber dem Wunsch der breiten Massen in Tibet zuwider und wiesen den Aufruf der Zentralen Volksregierung... zurück... Um die tibetischen Landsleute zu befreien und das gesamte chinesische Festland zu vereinigen, erteilte die Zentrale Volksregierung der VBA daraufhin den Befehl, in Tibet einzumarschieren. Im Oktober 1950 zogen... die VBA-Einheiten in Chamdo (Changdu) ein. Überall wurden sie von den tibetischen Volksmassen herzlich begrüßt. Die Tibeter organisierten aus eigener Initiative Yak-Transportteams... als Hilfe für die VBA. Im November 1950 setzten die VBA-Einheiten viele lokale reaktionäre Waffeneinheiten außer Gefecht und befreiten das Chamdo-Gebiet... Im April 1951 sandten die tibetischen Lokalbehörden endlich ihre Delegation nach Beijing zu Verhandlungen. Am 23. Mai 1951 wurde das Abkommen der Zentralen Volksregierung und der tibetischen Lokalregierung über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets abgeschlossen... In Übereinstimmung mit dem Abkommen rückten die VBA-Einheiten am 26. Oktober 1951 in Lhasa ein. Sie wurden auf einer Massenkundgebung von über 20.000 aus verschiedenen Nationalitäten und al-

len Bevölkerungsschichten stammenden Einwohnern herzlich begrüßt. Am 10. Februar 1952 wurde das Kommando des Tibeter-Militärbezirks der VBA in Lhasa gegründet" (3). Diesem im Stile bester chinesischer Geschichtsschreibung wiedergegebenen "Befreiungs"-Ereignis folgten noch einige weitere Maßnahmen, die der Festigung des chinesischen Zugriffs dienten, nämlich der Abschluß des chinesisch-indischen Vertrags über den Grenzhandel im Tibet-Bereich, durch den die Regierung Nehru den chinesischen Anspruch auf Tibet anerkannte, und des weiteren der - von der chinesischen Regierung gewünschte - Besuch des Dalai Lama in Beijing.

1955 richtete Beijing das "Vorbereitungskomitee für die Autonome Region Tibet" ein, womit bereits angedeutet war, in welche Richtung die weitere Tibet-Politik verlaufen sollte. Vorsitzender dieser neuen Regierung war der Dalai Lama. Das Komitee aber hatte in Wirklichkeit nur "geringe Machtbefugnisse, und Entscheidungen in allen wichtigen Angelegenheiten wurden von den chinesischen Behörden gefällt" (4).

Von Beijing wird das "tibetische Modell" übrigens seit 1979 auch für die Wiedervereinigung Chinas mit Taiwan angepriesen.

2.2. Der Aufstand von 1959

Im März 1959 kam es zum Aufstand von Lhasa. Die einzelnen Ereignisse:

- 10. März: Ein Teil der Aufständischen erklärt die "Unabhängigkeit Tibets".

- Am 17. März flieht der Dalai Lama aus Lhasa.

- 18. bis 22. März: militärische Auseinandersetzungen und Niederschlagung des Aufstands durch chinesische Truppen, die am 20. März den Auftrag zu "Strafmaßnahmen" erhalten haben.

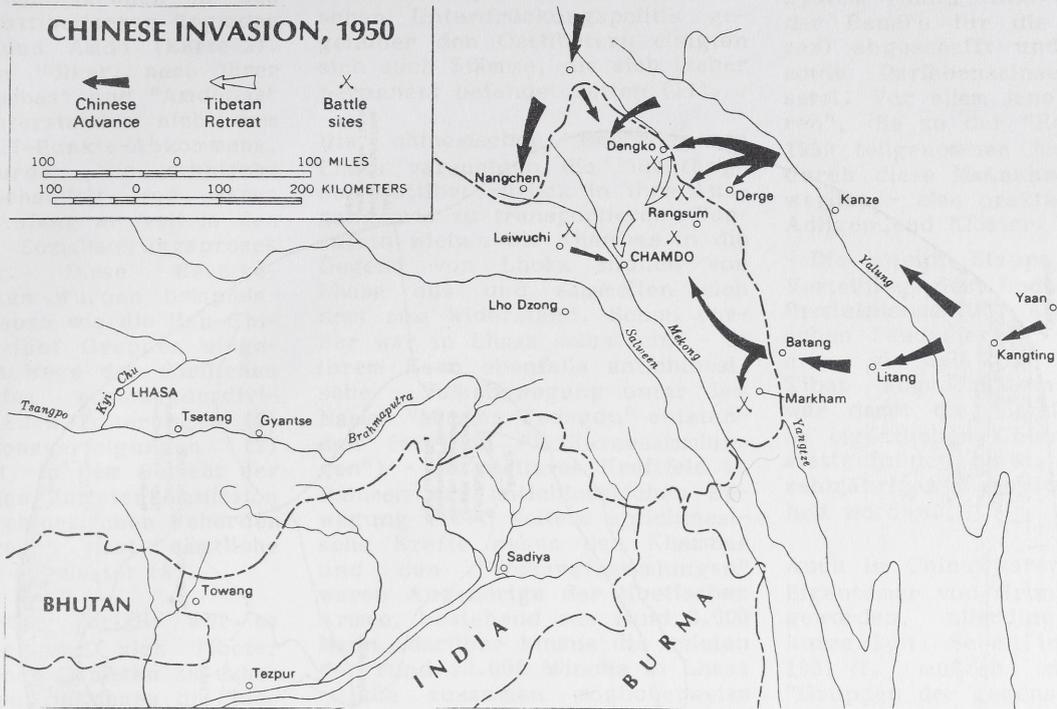
- 26. März: Der Dalai Lama ruft in Südtibet eine Provisorische Regierung aus.

- 28. März: Beijing löst die bisherige tibetische Regierung in Lhasa auf und bildet eine neue Regierung.

- 29. März: Der Dalai Lama erreicht Indien und erhält dort Asyl.

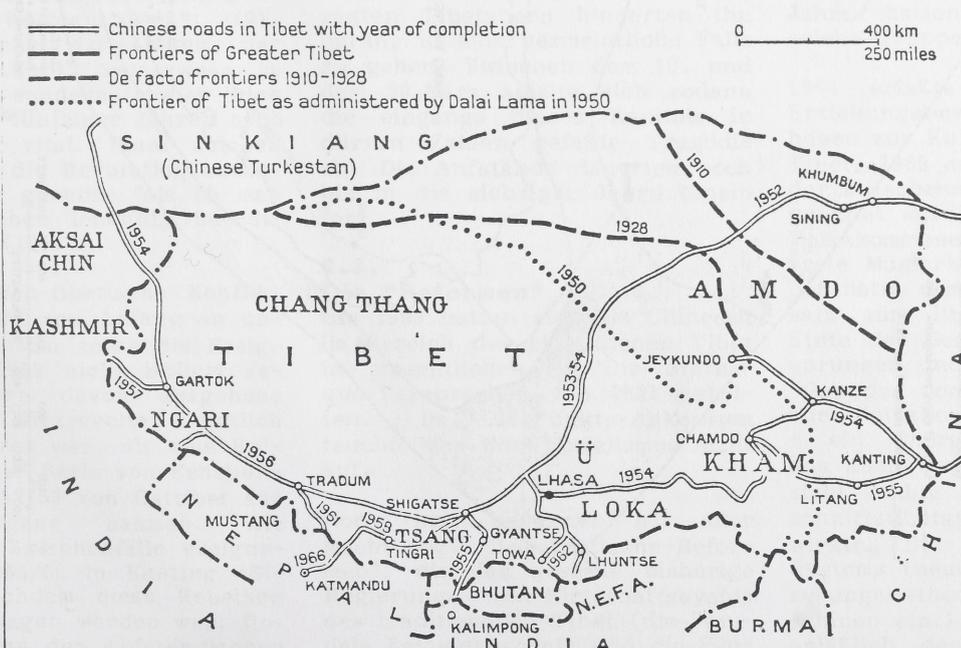
Das Vorspiel der Rebellion reicht bis in die Jahre 1952/53 zurück. Schlüsselemente des Aufstands

Karte 1: Die Besetzung Tibets



nach:
 Pradyumna P. Karan, "The Changing Face of Tibet",
 Univ. Press of Kentucky 1976, S.16

Karte 2a: Die "Salami" Tibet

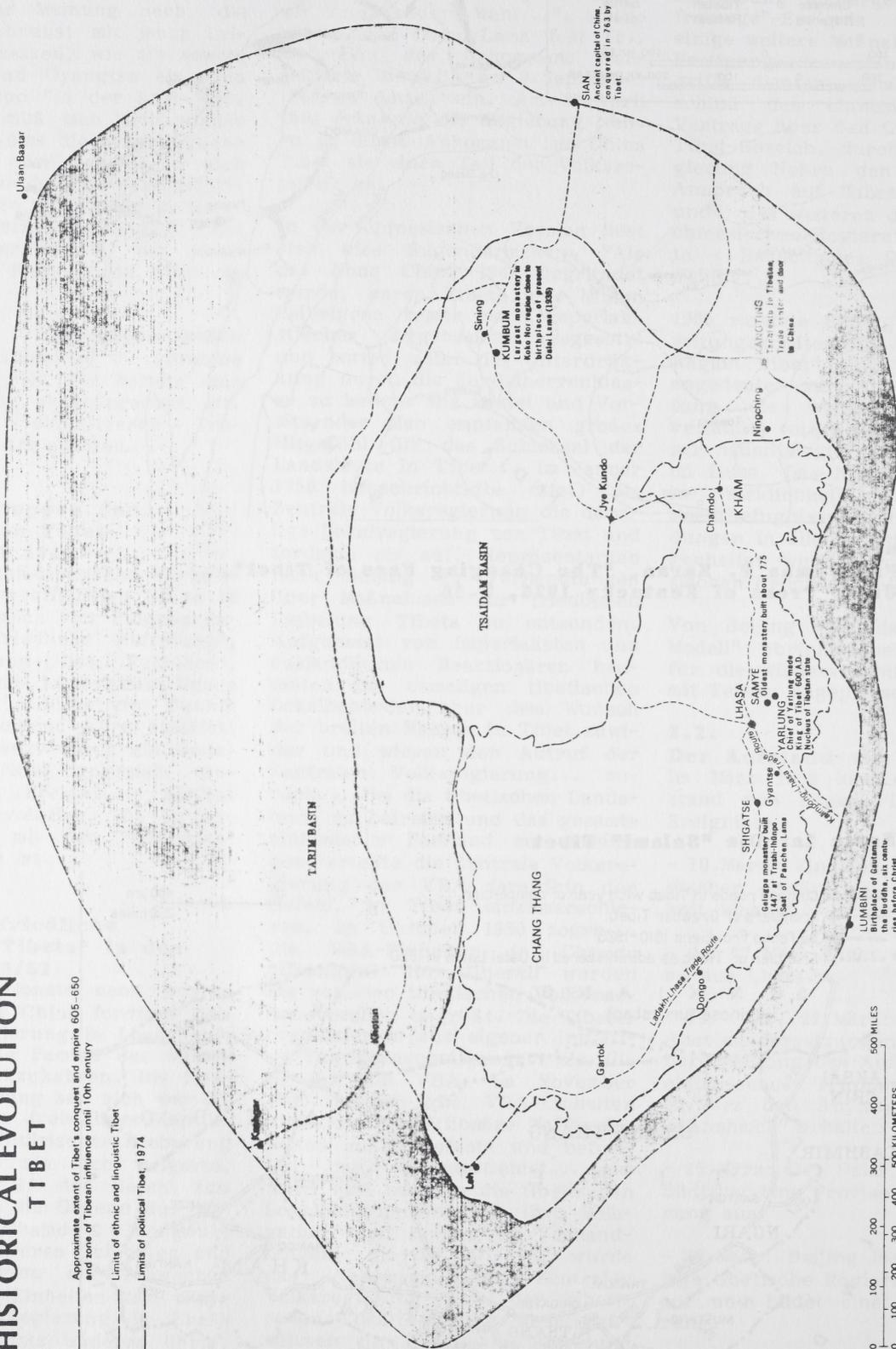


nach: Michel Peissel,
 "Cavaliers of Kham, The Secret War in Tibet", London 1972

Karte 2b: Die Schrumpfung Tibets

HISTORICAL EVOLUTION TIBET

- Approximate extent of Tibet's conquest and empire 605-650 and zone of Tibetan influence until 10th century
- - - Limits of ethnic and linguistic Tibet
- Limits of political Tibet, 1974



nach: Karan a.a.O.

waren Tibeter, die außerhalb des Gebiets des 1,2 Mio. qkm umfassenden eigentlichen Tibet lebten, und zwar hauptsächlich in den ehemaligen osttibetischen Regionen von Kham und Amdo (Karte 2). Die dortigen Völker, nach ihrer Heimat "Khambas" und "Amdowas" genannt, unterstanden nicht dem Schutz des 17-Punkte-Abkommens, sondern wurden wie ethnische Chinesen behandelt und waren daher von Anfang an voll in den allgemeinen Sozialisierungsprozeß eingegliedert. Diese Bevölkerungsschichten wurden beispielsweise - genauso wie die Han-Chinesen - in fünf Gruppen eingeteilt und im Wege des dörflichen Klassenkampfes auseinanderdividiert (5). Auch Folterungen (6) und Religionsverfolgungen (7) sind bezeugt. In dem Bericht der Internationalen Juristenkommission werden den chinesischen Behörden Verstöße gegen fast sämtliche Grundrechte angelastet (8).

Angesichts der Vorfälle war es kein Wunder, daß sich Tibeter gerade in jenen Gebieten zu erheben begannen, in denen die "demokratischen Reformen" am intensivsten vorangetrieben wurden - nämlich die Khambas, die über die Provinzen Qinghai, Sichuan und Yunnan verstreut lebten, also zum sog. "Inneren Tibet" gehörten. Es war einer der Kardinalfehler der chinesischen Tibet-Politik, daß man glaubte, die Bewohner im Inneren und im Äußeren (d.h. eigentlichen) Tibet verschieden behandeln zu können. Die Revolte von 1959 war in ihrer letzten Konsequenz der "unvermeidbare Zusammenstoß zwischen zwei einander diametral entgegengesetzten Wertesystemen" (9). Das tibetische Wertesystem war auch im 20. Jhd. keineswegs im Absterben, sondern erwies sich auch in den fünfziger Jahren noch als äußerst vital. Einer solchen Gesellschaft die Revolution aufzuzwingen war genauso "als ob man einen Menschen lebendig beerdigen wollte" (10).

Der chinesisch-tibetische Konflikt war also wohl von Anfang an unvermeidbar. Man sollte die Ereignisse von 1959 nicht isoliert sehen, sondern davon ausgehen, daß die Märzrevolte letztlich nichts anderes war, als eine Kulmination jener Serie von Erhebungen, die 1952/53 von Ostt Tibet aus ihren Ausgang nahmen. Die schwersten Zwischenfälle ereigneten sich 1955/56 in Kanting (Sichuan). Nachdem diese Rebellion niedergeschlagen worden war, flohen die Reste der Aufständischen ins eigentliche Tibet und wurden dort zum Ferment für die weiteren antichinesischen Aktivitäten. Die

Straße des Aufstandes zog sich von Kham über Amdo (1958) bis hin nach Lhasa (1959). Angesichts der systematischen chinesischen Unterdrückungspolitik gegenüber den Osttibetern einigten sich auch Stämme, die sich bisher permanent beföhdet hatten (11).

Die chinesischen Behörden in Lhasa versuchten die Flüchtlinge aus Ostt Tibet zurück in ihre Ausgangsorte zu transportieren. Daraufhin wichen die Khambas in die Gegend von Lhoka südlich von Lhasa aus und sammelten sich dort zum Widerstand. Schon vorher war in Lhasa selbst eine - in ihrem Kern ebenfalls antichinesische - Volksbewegung unter dem Namen "Mimang Tsongdu" entstanden (wörtlich "Volksversammlungen") - ein weiteres Kraftfeld im Rahmen der antichinesischen Bewegung (12). Weitere antichinesische Kräfte neben den Khambas und den "Volksversammlungen" waren Angehörige der tibetischen Armee, bestehend aus rund 3.000 Mann, darüber hinaus die meisten der rund 20.000 Mönche in Lhasa - alle zusammen möglicherweise (wie Peissel schätzt) rund 80.000 Mann. In ihrer Sprache galten die Chinesen als "Tendra" ("Feinde des Glaubens"), die Khamba-Guerillas dagegen als "Ten sung" ("Verteidiger des Glaubens") (13) - wiederum ein Hinweis auf den Kernpunkt des Konflikts.

Anfang 1959 glich Lhasa einem Pulverfaß (14). Es bedurfte nur noch eines Funkens. Dieser flog, als der Dalai Lama von den örtlichen Militärs eingeladen wurde, an einer Theaterveranstaltung teilzunehmen. Zehntausende von erregten Tibetanern hinderten ihn daran, in eine vermeintliche Falle zu gehen. Zwischen dem 10. und dem 29. März spielte sich sodann die eingangs dieses Kapitels in dürren Zahlen gefaßte Tragödie ab. Die Aufstände dauerten noch bis in die siebziger Jahre hinein fort.

2.3. Die "Reformen"

Bis 1959 hatten sich die Chinesen im Bereich des eigentlichen Tibet im wesentlichen an ihr Statusquo-Versprechen von 1951 gehalten. Im 17-Punkte-Abkommen tauchte das Wort Sozialismus nicht auf.

Doch nun begannen mit aller Macht sog. "demokratische Reformen", die das gesamte bisherige Regierungs- und Wirtschaftssystem des traditionellen Tibet (die "feudale Leibeigenschaft und die Feudalherrenklasse eliminieren") sollten. Diese Reformen, die im Juli 1959 beschlossen wurden, verlie-

fen in zwei Etappen:

- Zuerst wurde das sog. "Ula"-System (Hand- und Spanndienste der Bauern für die Grundbesitzer) abgeschafft und die Pacht- sowie Darlehenszinsen herabgesetzt. Vor allem jene "Feudalherren", die an der "Rebellion" von 1959 teilgenommen hatten, sollten durch diese Maßnahmen getroffen werden - also praktisch sämtliche Adligen und Klöster.

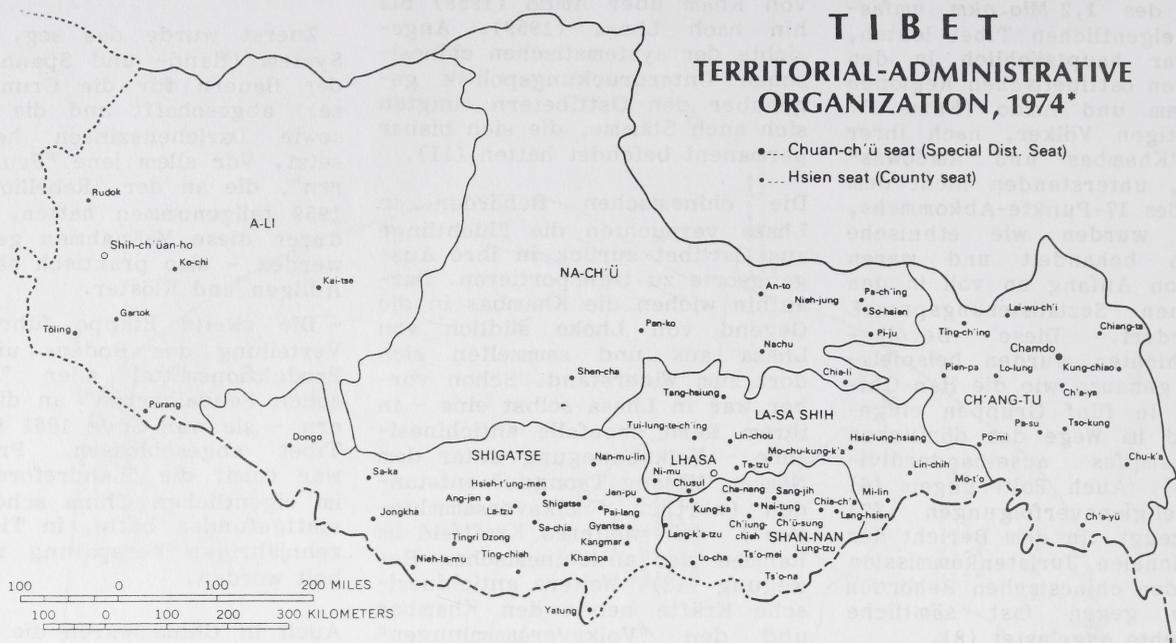
- Die zweite Etappe führte zur Verteilung des Bodens und der Produktionsmittel aller "rebellischen Feudalherren" an die Bauern - sie war Ende 1961 in ganz Tibet abgeschlossen. Praktisch war damit die "Landreform", die im eigentlichen China schon 1950 stattgefunden hatte, in Tibet mit zehnjähriger Verspätung nachgeholt worden.

Auch in China waren die Bauern Eigentümer von Grund und Boden geworden, allerdings nur für kurze Zeit: Schon in den Jahren 1951 ff. mußten sie sich zu "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" zusammenschließen und hatten dann Mitte der fünfziger Jahre ihr Privateigentum an Produktionsmitteln in Genossenschaften einzubringen, die seit 1958 in Volkskommunen übergingen.

Es war klar, daß auch Tibet diesem Beispiel folgen und daß die Freude der Bauern über das neu erworbene Privateigentum an Grund und Boden nur von kurzer Dauer sein würde. In der Tat begann die Bewegung zum Aufbau von "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" noch i.J. 1959; Ende des Jahres hatten sich bereits 20.000 solche Gruppen herausgebildet.

1964 erfaßte die "sozialistische Erziehungsbewegung" - das Vorleben zur Kulturrevolution - auch Tibet; 1965 entstand, ohne daß in der Zwischenzeit Genossenschaften gebildet worden wären, die ersten Volkskommunen, allen voran die erste Musterkommune Kesong. Tibet hatte damit - ganz im Gegensatz zum übrigen China - die Stufe der Genossenschaften übersprungen und war direkt von den "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" zur Volkskommune übergegangen - ein unorganisches Vorgehen, das allen Gepflogenheiten ins Gesicht schlug und auf den Durchschnittstibetaner wie ein Überfall wirkte. Die Vorteile des neuen Systems (neue großzügige Bewässerungsmethoden, neue Landmaschinen etc.) konnten, wie später anlässlich des Besuches von Hu Yaobang i.J. 1980 festgestellt wurde, von den Bauern nicht verkraftet und absorbiert werden,

Karte 3:



nach: **Karan a.a.O., S.26**

da sie völlig unvorbereitet waren. Außerdem war die neue Politik zu einseitig auf Getreideanbau ausgerichtet und vernachlässigte die in Tibet so lebenswichtige traditionelle Viehzucht - gar nicht zu reden von der Ausschaltung des überkommenen Nebengewerbes sowie des Handels. Am 9. September 1965 wurde Tibet zu einer Autonomen Region Chinas erklärt und im gleichen Jahr in fünf "Sonderdistrikte" (zhuanqu) aufgeteilt, nämlich Chamdo (Changdu), Tsetang (Shannan), Nagchu (Naqu), Shigatse (Rikezi), Ari (Ali) und das Stadtgebiet (shi) von Lhasa (Karte 3). Diese Sonderdistrikte wurden in siebzig Kreise (xian) unterteilt und diese wiederum in Volkskommunen.

Mit der Institutionalisierung dieses neuen Verwaltungssystems waren auch die letzten Spuren der traditionellen Regierung, die bis 1959 existiert hatte, abgeschafft und Tibet voll in das Verwaltungssystem der VR China eingegliedert worden.

Im Eiltempo von nur sechs Jahren waren also die "revolutionären Umwandlungen" des übrigen China in Tibet nachgeholt worden.

Als hätte dieses atemlose Tempo die Tibeter nicht ohnehin schon überfordert, wurde das Gebiet nach 1966 auch noch voll in den Strudel der Kulturrevolution hineingerissen. Im Zeichen des Kampfes gegen die sog. "Vier Alten" (alte Kultur, alte Sitten, alte Gewohnheiten und altes Denken) begann ein unvergleichlicher Feldzug gegen alles Überkommene. Startzeichen war eine Massenver-

anstaltung in Lhasa am 13. August 1966, die von Emissären aus Beijing vorbereitet worden war und die sich als Initialzündung für die tibetischen Rotgardistenbewegung erweisen sollte. Die Rotgardisten setzten sich aus Han-Chinesen, zunehmend aber auch aus tibetischen Jugendlichen zusammen. Bereits am 25. August plünderten sie den Jokhang, die "Kathedrale des Lamaismus" in Lhasa. Den chinesischen Truppen gelang es zwar, einige der wichtigsten Klöster, u.a. Sera und Drepung vor den Übergriffen der jugendlichen Vandalen zu beschützen, doch gingen diese, ermuntert durch Aufrufe aus Beijing, mit ihrem Zerstörungswerk systematisch vor: Hunderte von Klöstern gingen in Flammen auf oder fielen der Spitzhacke zum Opfer - unter ihnen eines der drei großen Staatsklöster, nämlich das auf den Gründer der Gelbmützensekte, Tsongkapa, zurückgehende Ganden, und das "Gründungskloster" Samye. Die neuengesetzten Revolutionskomitees teilten den umliegenden Volkskommunen Klostergebäude in Form von "Baumaterial" zu (15). Außerdem wurde jegliche Religionsausübung verboten: Die Lamas hatten die Klöster zu verlassen und wurden Volkskommunen zugewiesen, Pilgerfahrten konnten nicht mehr stattfinden, und das gesamte, den Tibetern seit Jahrhunderten zur zweiten Natur gewordene Religionsritual schien von einem auf den anderen Tag der Vergangenheit anzugehören.

Heutzutage werden all diese Auswirkungen als Ausnahmeerscheinungen und als Folge der "zehn wirren Jahre" abgetan - für den

einzelnen Tibeter jedoch sind die Narben noch lange nicht verheilt.

2.4. Die "historische Wende" von 1980

Mit dem Sturz der "Viererbände" im Oktober 1976 war für Tibet keineswegs eine neue Zeit angebrochen. Es sollte vielmehr noch vier Jahre dauern, ehe auch hier die Reformpolitik der Deng-Xiaoping-Führung zum Greifen kam. Das Jahr 1980 wird von der chinesischen Führung als eine Art historischer Wende der offiziellen Tibet-Politik bezeichnet. Damals besuchte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang die Autonome Region (22.-31. Mai 1980), übte Kritik an den drei Grundpfeilern der bisherigen maoistischen Entwicklungspolitik (Kulturrevolution, Errichtung von Volkskommunen und Behandlung der Getreideproduktion als "Hauptkettenglied") und gab acht ZK-Prinzipien sowie "sechs Voraussetzungen" bekannt.

Die "acht Prinzipien" lauten: Formulierung der Tibet-Politik in Übereinstimmung mit den dortigen realen Bedingungen und mit Zustimmung des tibetischen Volkes; systematische Untersuchungen an Ort und Stelle; Änderung aller bisherigen ungeeigneten Tibet-Anordnungen; vorrangige Ausbildung von tibetischen Kadern; bevorzugte Behandlung Tibets bei der Planungsarbeit; sorgfältigeres Vorgehen der lokalen Behörden; einfühlsameres Verhalten der zentralen Abteilungen; Festlegung konkreter Richtlinien durch das Parteikomitee der Autonomen Region Tibet.

Hu Yaobang nannte in einer Grundsatzrede vom 29. Mai 1980 "sechs Voraussetzungen" für die Durchführung der obigen acht Punkte: wirkliche Selbstbestimmung; Atempause (mehrere Jahre lang soll Tibet weder Steuern zahlen noch Waren an die staatlichen Stellen verkaufen müssen); Diversifizierung der Wirtschaft; Erhöhung des Lebensstandards (Orientierung an den Grundbedürfnissen des Volkes); Förderung der tibetischen Kultur und Sprache (Tibetisch als Pflichtfach für die Han-Kader); mehr tibetische Kader (zwei Drittel aller staatlichen Funktionäre sollen zukünftig Tibeter sein. Diese Beschränkung gilt allerdings nicht für Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler) (16).

Aufgrund dieser neuen Politik werden folgende Errungenschaften erwähnt:

- Steuerfreiheit bis 1985: Tibeter brauchen keine Land- und Viehwirtschafts- sowie keine Industrie- und Handelssteuern zu bezahlen. Auch die Abgabepflicht im Rahmen der staatlichen Aufkaufpolitik wurde herabgesetzt oder gestrichen. 1980 und 1981 hatte der Staat dadurch auf 13,75 Mio. Yuan verzichtet. Den Tibetern sollte m.a.W. eine wirtschaftliche Atempause verschafft werden.

- Billige Kredite für Handelsunternehmen. Durch diese Maßnahme soll die Warenzirkulation erhöht werden.

- Förderung des Grenz-Handels mit Bhutan im Kreis Yadong. Dieser traditionelle Handel war durch die Kulturrevolution zehn Jahre lang unterbrochen und erst 1980 wiederaufgenommen worden.

- Systematische Förderung kleiner Wasserkraft- und Windantriebsstationen. Mitte 1982 gab es in Tibet 808 kleine Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 76.900 kWh, durch die hauptsächlich der energiearme zentrale Teil von Tibet versorgt wird. Seit April 1982 wurden auch Windantriebsgeneratoren im nordtibetischen Grasland installiert, und zwar in einer durchschnittlichen Höhe von 4.500 m ü.d.M. Die Zeit der Butterlampen und Kerzen soll schon bald der Vergangenheit angehören.

Zunahme von Publikationen in tibetischer Sprache. 1980, also im Anschluß an die "Große Wende", kamen zwölf Titel in tibetischer Sprache heraus und zwar in einer Gesamtauflage von zwei Millionen

Stück. Auch die Autoren werden schon "geplant". Schätzungsweise soll es bis 1985 rund 500 tibetische Schriftsteller geben (17).

- Insbesondere aber soll die Autonomie Tibets verbreitert werden, vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung tibetischer Kader, des Erlasses lokaler Gesetze, der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und vor allem der Bildungs- und Sprachpolitik - nicht zuletzt der erhöhten Zuteilung tibetischer Studenten an chinesische Hochschulen (18). Im März 1981 waren 36.900 Minderheitenkader mit Führungspositionen zumeist in den Gemeinden betraut. Auch die führenden Kader der Bezirke und Städte waren Tibeter. In 68 der insgesamt 75 Kreise waren die Spitzenpositionen der Regierung mit Tibetern und Angehörigen anderer Minderheiten besetzt (19).

Die politischen Kommandohöhen in Partei und Armee blieben freilich nach wie vor von Han-Funktionären besetzt.

3. Das Für und Wider der chinesischen Ansprüche auf Tibet

Seit die VBA im Herbst 1950 nach Osttibet einmarschiert und seit vor allem am 23. Mai 1951 das "Abkommen über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets" zwischen Beijing und Lhasa unterzeichnet worden war, begründet die VR China ihre Präsenz in Tibet mit drei Argumenten: dem Geschichts-, dem Befreiungs- und dem Leistungsanspruch.

3.1. Legitimiert durch die Geschichte?

3.1.1. Argumente zugunsten der VR China

"Tibet ist von altersher ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums", heißt es in der immer wiederkehrenden Sprachregelung der chinesischen Propaganda, und deshalb übe die Volksrepublik auch heute dort zu Recht ihre Herrschaft aus.

Versucht man, die üblichen chinesischen Geschichtsdarstellungen nach Phasen zu gliedern, so ergeben sich drei Abschnitte eines sich immer mehr verdichtenden Einflusses des chinesischen Reiches, der sich zunächst als zivilisatorische, später als Ernennungs- und schließlich als politische Macht durchsetzte und der bis auf die Tang-Zeit zurückreicht.

3.1.1.1. 600 Jahre "zivilisatorischer Macht"

Der Übergang von der Legende zur Geschichte beginnt mit der jedem Tibeter vertrauten Gestalt Songtsen Gambos, dem es gelang, die zerstrittenen Stämme Tibets zu einigen und das "Schneeeland" zu einer Föderation zusammenzufügen, an deren Spitze er als König trat. Als Bewunderer der damals blühenden Tang-Zivilisation hielt er um die Hand der chinesischen Infantin Wen Cheng an und heiratete sie i.J. 641. Die Prinzessin brachte - gleichsam als kulturelle Mitgift - in ihrem Gefolge zahlreiche Han-Bauern, Handwerker, Pharmakologen, Astrologen, buddhistische Mönche (der Mahayana-Buddhismus stand damals im Zenit der chinesischen Geschichte) und nicht zuletzt jene Sakyamuni-Statue mit, die noch heute als "Allerheiligstes" in der Hauptkathedrale des Lama-Buddhismus, dem Jokhan, in Lhasa aufgestellt ist und dort täglich von Tausenden von Pilgern mit Gebeten, Weihrauch und Opferbutter verehrt wird. Tibet war damals ein zur zentralasiatischen Großmacht aufsteigender Staat, mit dem sich zu arrangieren jedem chinesischen Kaiser ratsam sein mußte.

Mit der Verheiratung Wen Chengs nach Zentralasien hatte die Tang-Dynastie eine Tradition wiederaufgenommen, die bereits unter der Han-Dynastie gepflegt worden war, nämlich Außenpolitik durch Zivilisierung der Feinde und durch Gewinnung von "Schwiegersöhnen" unter den aggressiven "Barbaren".

Songtsen Gampo erhielt in der Tat auch vom Kaiser den Titel "fumaduwei" (Schwiegersohn des Kaisers und militärischer Kommandant) sowie "Prinz von Xihai" verliehen.

So erfolgreich war diese Verchwägerungspolitik, daß die Tang noch eine weitere Prinzessin, Jin Cheng, an den Nachfolger Songtsen Gamos (König Meak-tsom, 704-755) verheirateten. Jin Cheng folgte dem Vorbild ihrer Vorgängerin, indem sie sowohl deren Opfergang (denn ein solcher war es!) vollzog als auch erneut einen Strom von Kulturgütern nach Tibet einschleuste.

Mit dem Tod Jin Chengs, die 739 an der Pest starb, erlitt der Buddhismus - und die China-Freundlichkeit des tibetischen Hofes - einen merklichen Rückschlag. U.a. griffen die Tibeter 758 China an und eroberten die damalige Tang-Hauptstadt, Chang'an! Wenige Jahre später

freilich schlug das Pendel wieder zurück: Lhasa begünstigte erneut den Buddhismus, und i.J. 821 wurde sogar ein Versöhnungs- und Allianzvertrag zwischen Lhasa und Chang'an abgeschlossen. Der Text wurde zweisprachig auf Steinpfeilern in beiden Hauptstädten niedergelegt und lautete: "Wir haben niemals, selbst in Zeiten der Furcht und Gefahr, auch nur einen Moment unsern Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen aufgegeben. Wir sind enge Nachbarn und entfernte Verwandte. Wir erneuern die Onkel- und Nefen-Allianz und werden sie niemals mehr vergessen".

Im 9.Jhdt. zerfiel der tibetische Einheitsstaat und war von da an keine Gefahr mehr für das chinesische Reich. Die Neuaufgabe der Heiratspolitik erübrigte sich deshalb. Während der Zeit der "Fünf Dynastien" (907-960) und der Song (960-1279) beschränkte sich der Verkehr zwischen China und Tibet fast ganz auf den sogenannten "Tee gegen Pferde-Handel". Die Beziehungen waren m.a.W. fast vierhundert Jahre lang auf ein dünnes Rinnsal zusammengeschmolzen.

3.1.1.2.

Ernennungsmacht und indirekte Herrschaft

Im 13.Jhdt. begann eine zweite Phase, die bis ins 17.Jhdt. hinein dauerte, also die Dynastien Yuan und Ming umfaßte und im Zeichen der "Ernennungs- und Titelverleihungsmacht" stand.

Seit seinem inneren Zerfall im 9.Jhdt. war Tibet ein Schauplatz permanenter Bürgerkriege gewesen. Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, versuchten Abgeordnete verschiedener Teile Tibets - an ihrer Spitze Repräsentanten des führenden tibetanischen Klosters Sakya - die Hilfe der durch ihre Waffentaten bereits berühmt gewordenen Mongolen zu erlangen und trafen in Verfolgung dieses Ziels i.J. 1206 mit Chingis Khan zusammen, der zu dieser Zeit gerade zum Qinghai-See (Kukonor) vorgestoßen war. Der Abt des Klosters Sakya, Pandita (1182-1251), blieb von da an in ständiger brieflicher Verbindung mit den Mongolen. Die drei bedeutendsten Leistungen Sakya Panditas bestanden darin, daß er Schöpfer der ersten mongolischen Schicht wurde, daß er die Mongolen zum Lamaismus bekehrte und daß er seinem Kloster vor allem mongolische Rückenstärkung bei den innertibetanischen Auseinandersetzungen verschaffen konnte. 1253 beendeten mongolische Truppen die seit vierhundert Jahren andauernden Bürgerkriege in Ti-

bet und unterstellten das Land der Herrschaft des Sakya-Klosters, womit zum ersten Mal in der tibetischen Geschichte politische Macht und Religion miteinander verschmolzen - und damit Strukturen geschaffen wurden, die unter wechselnden Vorzeichen bis 1959 fort dauern sollten.

Nachdem einer der Nachkommen Chingis Khans, Kublai Khan, i.J. 1271 die Herrschaft auch über China begründete hatte (die von ihm gegründete Yuan-Dynastie dauerte von 1279 bis 1368) richtete er ein eigenes Amt für buddhistische Angelegenheiten, u.a. auch für Tibet, ein, den sog. "Zongzhiyuan".

Einer der Neffen des Sakya Pandita namens Pakpa übernahm die Leitung dieses Büros und erhielt von Kublai Khan den Titel "Kaiserlehrer". Seither setzten die Yuan-Herrscher kontinuierlich tibetische Buddhisten als Lehrer und als Leiter des Buddhismus-Amtes ein. Das Jahr 1270 brachte zwei wichtige Ereignisse mit sich: Pakpa schuf auf der Grundlage des tibetischen Alphabets die neue mongolische Schrift, die als "Schriftsprache Pakpas" bekannt wurde; gleichzeitig erkannte der Yuan-Hof die Souveränität Tibets an, womit de facto die indirekte Herrschaft der Yuan über Tibet via Sakya-Kloster hergestellt war!

Während der Ming-Dynastie (1368-1644) blieb das System der Yuan gegenüber Tibet im wesentlichen unverändert. Da es aber gerade im 14.Jhdt. in Tibet zu einer wilden Zersplitterung der Sekten gekommen war, erhielten die Ming-Kaiser häufig Gelegenheit, durch Titelverleihungen die eine Partei gegen die andere auszuspielen und vor allem das Sakya-Kloster aus seiner bisherigen Vormachtstellung zu verdrängen. Als Vertraute der verhaßten Mongolen sollten die Sakya-Mönche nicht länger die Oberherrschaft ausüben. Dazu aber galt es, andere Sekten zu stärken; und so verliehen denn die Ming einen Titel nach dem andern, so z.B. "Drei Könige der Gesetze", "Fünf Gottkönige", "Jünger des Buddha im Westen" und "Große Kaiserliche Lehrer". Während der fünfziger Jahre des 15.Jhdts. kamen außerdem - gemäß den Aufzeichnungen des Ritenministeriums - nicht weniger als 300 bis 400 Tibeter jedes Jahr in die Hauptstadt Beijing, um dem Kaiser Tribut darzubieten und ihm zu huldigen. In den sechziger Jahren des 15.Jhdts. sollte diese Zahl sogar auf das Zehnfache ansteigen.

Am Ende setzte sich aber dann in Tibet doch wieder eine promongolische Partei durch, nämlich die Anfang des 15.Jhdts. neu gegründete Sekte der "Gelbmützen", die sich vor allem dadurch auszeichnete, daß sie (unter Führung des Reformators Tsongkhapa) eine strenge Ordenszucht einführte und zur Keimzelle jenes theokratischen Staatsgebildes wurde, dessen Fundamente bereits während der Yuan-Zeit gelegt worden waren, die aber erst im 15.Jhdt. zur vollen Entfaltung kam. Einer der Nachfolger Tsongkhas ging als Missionar an den mongolischen Hof, der damals in der Gegend des Qinghai residierte, und erhielt dort 1578 den Ehrentitel "Dalai Lama". 1645 verliehen die Mongolen den Titel "Panchen Lama" an einen anderen Führer der Gelben Sekte. In die Übergangsjahre von der Ming- zur Qing-Dynastie fällt die Zeit des bedeutendsten aller Dalai Lamas, des "Großen Fünften" (1617-1682), der die Entwicklung Tibets zum Kirchenstaat vollendete, der den Potala-Palast in Lhasa errichtete, und der 1652 an den Qing-Hof nach Beijing reiste, um sich die weltliche Herrschaft über Tibet bestätigen zu lassen.

Von nun an wurde es ein festes Ritual, daß jeder Nachfolger des Dalai und des Panchen Lama sich seinen Titel von der chinesischen Zentralregierung bestätigen ließ.

3.1.1.3.

Direkte Herrschaft

Im 17.Jhdt. begann die dritte Phase des chinesisch-tibetischen Verhältnisses, in deren Verlauf der chinesische Kaiser nicht mehr nur auf Titelverleihung und -bestätigung beschränkt war, sondern reale politische Macht ausüben konnte.

Die bei ihren Mongolen-Feldzügen erfolgreichen Qing-Herrscher nutzten zu Beginn des 18.Jhdts. innere Streitigkeiten in Tibet aus und schickten Truppen, die eine Partei gegen die andere unterstützten. Einmal in Tibet, wollten die Qing das Heft in der Hand behalten und richteten dort zwischen 1723 und 1728 jenes Modell für die tibetisch-chinesischen Beziehungen ein, das mit wenigen Änderungen bis ins 20.Jhdt. hinein fort dauerte. Von 1728 an waren nämlich zwei mandschurische Hochkommissare (sogenannte "Ambanen") als ständige Vertreter und Kontrolleure der Zentralregierung in Lhasa präsent und wurden dort von einer kleinen mandschurischen Garnison unterstützt. Offiziell sollten die beiden Residenten die lokale Regierung lediglich beratend unterstützen;

doch nach und nach wurden die Fesseln immer enger geschnürt. Zwei Daten sind dafür kennzeichnend:

- 1751 wurde eine besser lenkbare Lokalregierung institutionalisiert, die sogenannte Gasha, eine Art Kabinett, das dem Dalai Lama und den Hochkommissaren unterstand und in dessen Rahmen vier (später sechs) handverlesene, meist aus den Feudalfamilien stammende Minister, die sog. Kaloon, die laufenden politischen Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen hatten. (Die Institution der Gasha bestand bis 1959 weiter.)

- Den zweiten bemerkenswerten Einschnitt brachte das Jahr 1793, als nämlich die Gasha auf Drängen der Hochkommissare sowie des Qing-Hofes die sog. "29 Punkte über die Verwaltung Tibets" herausbrachte, die Tibet endgültig zu einem Vasallen der Qing werden ließ. Die Schlüsselbestimmungen liefen auf folgendes hinaus: (1) Gleichstellung der Hochkommissare mit dem Dalai und dem Panchen Lama; (2) Ernennung der Kaloons durch den chinesischen Kaiser; (3) "goldene Urne": Jede Reinkarnation des Dalai und des Panchen Lama sowie der übrigen Lebenden Buddhas sind unter Beaufsichtigung der Hochkommissare durch Ziehen von Losen aus der goldenen Urne zu bestimmen; auch die Einsetzungzeremonie ist vom Hochkommissar zu beaufsichtigen; (4) der Umfang des tibetischen Truppenkontingents und die zu ernennenden Offiziere sind von den Hochkommissaren gemeinsam mit dem Dalai und dem Panchen Lama festzulegen; (5) für die Außenpolitik Tibets sind allein die Hochkommissare zuständig; (6) der Haushalt der Gasha ist von den Hochkommissaren zu genehmigen.

Am Ende kontrollierten die beiden Ambanen also Verteidigung und Außenpolitik (Dalai und Panchen Lama durften u.a. nicht mehr direkt, sondern nur noch über Vermittlung der beiden Hochkommissare mit dem Qing-Hof in Verbindung treten), Außenhandel, die Einreise von Fremden in das Land sowie die Berufung der höheren kirchlichen Würdenträger.

Die Qing-Kaiser haben also von 1728 bis 1911 effektive politische Herrschaft über Tibet ausgeübt. Insofern war die Region eine mandchurische Provinz. Die Republik - und später die Volksrepublik - China haben dieses Erbe als Nachfolger der Qing-Kaiser übernommen - ungeachtet der Tatsache, daß sich Tibet nach dem Ende der Qing-Dynastie i.J. 1911

vom Reich der Mitte mit dem Argument losgesagt hatte, daß man ja Verbindungen nur zur Qing-Dynastie, nicht aber zur neugegründeten Republik China habe.

Weder die Republik noch die spätere Volksrepublik China wollten diese Argumentation anerkennen. So vordringlich war der Wunsch nach Wiedereingliederung des "unabtrennbaren" Tibet, daß die junge Volksrepublik schon ein halbes Jahr nach ihrer Ausrufung Truppen in Richtung Tibet entsandte und die dortige Regierung zwang, ein Dokument zur "friedlichen Befreiung Tibets" zu unterzeichnen.

3.1.2. Contra

Zumindest bis zum Jahre 1728 hat China Tibet nie effektiv kontrolliert.

- Bloße Heiratsverbindungen konnten noch keinen Anspruch der Tang-Kaiser auf Souveränität über den Himalaya-Staat (das damalige "Tufan") begründen. Vom 7. bis 9.Jhdt. war Tufan vielmehr ein höchst eigenständiges Gebilde, das manchmal "verwandtschaftliche" Beziehungen zum Tang-Reich pflegte, bisweilen aber auch Kriege mit ihm führte und einmal sogar dessen Hauptstadt besetzte. Das Verhältnis zwischen Tang und Tufan war m.a.W. ein Beziehungsnetz zwischen zwei souveränen Staatsgebilden.

Spätestens nach dem 10.Jhdt. zerfielen beide Reiche in mehrere einander befehlende Einheiten, so daß sich auch jetzt keine Dominanz Chinas aufbauen konnte. Nach der Wiedervereinigung Chinas im Zeichen der Song-Dynastie beschränkten sich die beiderseitigen Beziehungen auf bloßen Handelsaustausch.

Während der Yuan-Dynastie wurde Tufan zunächst zwar ein Vasallenstaat der Mongolen, doch überließen sowohl Kublai Khan als auch seine Nachfolger die lokale Verantwortung den "Tisris" (chin.: dishi = ein Titel, den Kublai den tibetischen Machthabern verlieh), die ausnahmslos Lamas waren, und zwar Vertreter des Sakya-Klosters, das über zahlreiche andere konkurrierende Klöster die Oberherrschaft erlangt hatte. Die Yuan-Kaiser überließen m.a.W. die politischen Entwicklungen in Tibet den dortigen autochthonen Kräften.

Dieselbe Tradition (Selbstregierung Tibets, selektive Steuerung der Machteliten durch Titelverleihungen) wurde auch von den Ming-Kaisern fortgesetzt. Die

Ming empfangen allerdings zahlreiche Tributgesandtschaften tibetischer Lamas, die - nach traditioneller chinesischer Auffassung - als Unterwerfungsakte des Tributbringers interpretiert wurden. Mit der Verleihung chinesischer Ränge und Titel, auf die tibetische Würdenträger so großen Wert legten, hatten die Ming zwar ein gewisses Einmischungspotential, das jedoch bei weitem nicht ausreichte, um Herrschaftsansprüche zu begründen.

Selbst die Nachfolger der Ming, die Qing, empfangen i.J. 1652 den Fünften Dalai Lama noch als einen unabhängigen Herrscher. Eine substantielle Einmischungspolitik in innere Angelegenheiten begann erst nach 1720.

Aber auch die großen Verwaltungsreformen von 1728, 1751 und 1793, die vor allem nach heutiger sino-kommunistischer Auffassung ein endgültiges Suzeränitätsverhältnis des chinesischen "Oberstaats" über den tibetischen "Unterstaat" begründeten (der "Oberstaat" übernimmt vor allem die außenpolitischen und die militärischen Funktionen des "Unterstaats" und sichert ihm als Gegenleistung umfassenden Schutz zu), liefen zwar de jure auf ein Unterwerfungsverhältnis hinaus, nicht aber de facto in der täglichen Verwaltungspraxis. Die einheimischen Institutionen der Tibeter blieben trotz des verstärkten Einflusses der beiden Hochkommissare intakt und überlebten sogar die Qing-Dynastie. Die wirkliche Macht in Tibet wurde ferner weder von den Ambanen noch von den beiden führenden Lamas ausgeübt, sondern von den Potentaten der jeweiligen Regionen. Der Einfluß der Ambanen beschränkte sich de facto auf die Außenpolitik, die im wesentlichen ohnehin mit den Beziehungen zum Qing-Kaiserhaus identisch war.

Schließlich wäre ein Suzeränitäts- oder gar Protektoratsverhältnis, selbst wenn es de facto vorhanden gewesen wäre, keine Grundlage für einen auch heute noch fortbestehenden Herrschaftsanspruch Chinas über Tibet; denn die Reformen von 1728 und 1793 beruhten z.T. auf einseitigen Anordnungen des Qing-Hofs, z.T. aber auf Vereinbarungen, die ihrem Charakter nach "ungleich" - und daher nichtig - waren. Gerade einem China, das im Zeichen des Sozialismus angetreten ist und das ja selbst unter der "Ungleichheit" von Verträgen zu leiden hatte, die im 19.Jhdt. mit dem Zarenreich geschlossen wurden, müßte gegenüber einer solchen tibetischen Argumentation besonders

aufgeschlossen sein.

Mit der Ausrufung der Republik China gar und dem damit zusammenhängenden Kollaps der Qing-Dynastie sah auch Tibet sich dazu ermutigt, seine Bindungen zu China endgültig abzubrechen; i.J. 1913 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung Tibets; gleichzeitig schloß sich das Land hermetisch nach außen ab. Gegenüber China wurde von jetzt an das Argument vertreten, Tibet habe nur dem Kaiserhaus der Qing Tribut gebracht, nicht jedoch irgendeinem chinesischen Staat.

Während der 39 Jahre zwischen 1912 und 1951 fungierte Tibet als vollends autonomes Staatswesen. Die Wiedereingliederung in den chinesischen Staatsverband i.J. 1951 geschah unter Zwang und aufgrund jenes "17-Punkte-Abkommens", das ebenfalls als Ungleichvertrags gewertet werden muß.

Diese mehr politischen Überlegungen werden verstärkt durch die kulturelle Andersartigkeit Tibets, an der sich auch nach drei Jahrzehnten chinesischer Oberherrschaft nicht geändert hat. Die "Große Tradition" Tibets ist geprägt durch den Lamaismus, der wiederum seine Hauptimpulse dem indischen Kulturkreis verdankt, auch wenn die ersten Samenkörner des Buddhismus nicht von Indern, sondern von den Chinesen ausgesät wurden. Die Qing-Kaiser haben zwar den Lamaismus systematisch gefördert (Beijing wurde im 18.Jhdt. u.a. zum Hauptverlagsort für lamaistische Schriften); doch handelte es sich hierbei nicht um eine Konvergenz tibetischer und chinesischer Traditionen, sondern vielmehr um einen Versuch der Qing-Kaiser, die "barbarischen" Nomadenvölker mit Hilfe des Lamaismus "aufzuweichen".

Theokratische Einrichtungen, wie sie vor allem die Gelbe Kirche hervorgebracht hat, finden in China nirgends eine Entsprechung; der chinesische Kaiserkult beruhte auf völlig anderen Vorstellungen, die unter den ideologischen Zeichen des "Konfuzianismus" standen. Der Buddhismus als Große Tradition war in China spätestens seit dem Ende der Tang-Dynastie ausgehebelt worden.

Auch im Bereich der Kleinen Traditionen unterscheiden sich China und Tibet in einer schon fast antipodenhaften Weise: Man denke an die so grundverschiedenen Wirtschaftsformen, an Ernährung, Kleidung und Wohnweise, an die

Formen der Geisterverehrung, die in Han-China so gar keine Entsprechung finden ("Geisterfallen", Ladse-Steinhaufen, Gebetsfahnen, Gebetsmühlen, Amulette), an die verschiedenen Formen der Beerdigung ("Himmelsbeerdigung" in Tibet!), an die "zürnenden Gottheiten", an die Göttinnen (Taras), an die lamaistische Ikonographie (erotische Darstellungen, Thankas und Mandalas), an die Kultgegenstände (Glocke und Donnerkeil, Zauberdolch, Yakschweif-Standarten, Gebetsmühlen und -wimpel), an die Buddhaopfer, Mani-Mauer, und, und...: Kurzum: Wohin man blickt, entdeckt man nur krasse Verschiedenheiten.

Lediglich an einer geographischen Stelle gibt es gewisse Überblendungen zwischen tibetischer und chinesischer Kultur, zumindest in der Tempelbauweise. Dies ist in dem oben bereits erwähnten früheren tibetischen Bezirk Amdo der Fall, der heute zur Provinz Qinghai gehört. Gerade diese Ausnahme aber läßt den Unterschied zwischen Han- und zentraltibetischer Kultur umso markanter hervortreten.

Zumindest heute noch erscheinen die beiden Kulturkreise sich zueinander wie Feuer und Wasser zu verhalten.

3.2. Legitimiert durch "Befreiung"?

3.2.1. Argumente zugunsten Chinas

China half dem "tibetischen Volk", ein Doppeljoch abzuschütteln, indem es einerseits die Aggressionspläne der äußeren Feinde durchkreuzte und andererseits auch mithalf, die Unterdrückung des Volkes durch die Oberschicht im eigenen Lande zu beseitigen. Die erste Befreiungstat, die sich vor allem gegen Briten und "US-Imperialisten" richtete, wird auch in der nachmaoistischen Propaganda noch stark hervorgehoben, während die "Befreiung" von in-ner-tibetischer Ausbeutung zwar während der Kulturrevolution groß herauskam, heute aber - mit Rücksicht auf die erhoffte Wiederversöhnung mit dem Dalai Lama - kaum noch eine Rolle spielt.

3.2.1.1. Die Befreiung von den äußeren Feinden

Äußere Feinde Tibets waren also, wie gesagt, zunächst die Briten und später die Amerikaner.

Wenn man sino-kommunistischen Behauptungen folgen will, dann lauerten in den Jahren 1880 ff.

und 1949 ff. fast an allen Ecken und Enden Gefahren für Tibet.

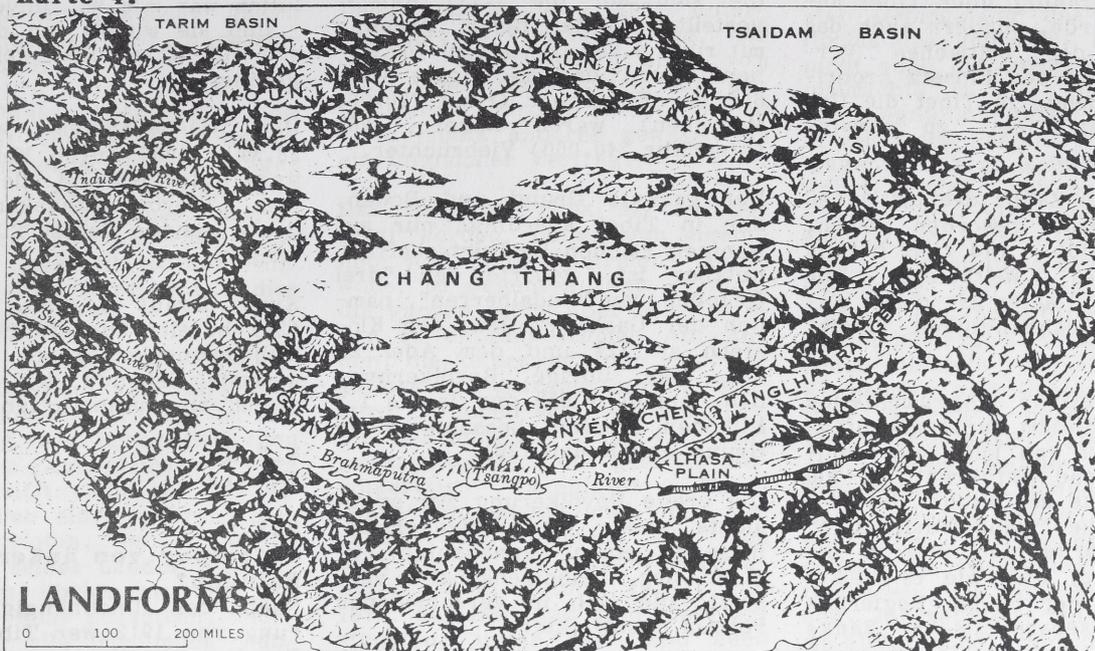
Das britische Interesse an Tibet war Teil jenes Ringens um Zentralasien, das sich seit Mitte des 19.Jhds. zwischen dem nach Osten vordringenden Zarenreich und dem auf Sicherung seiner indischen Kolonialgebiete bedachten britischen Empire anbahnte und z.T. bis in die Jahre des 2. Weltkriegs hinein fort dauerte. Aus chinesischer Sicht versuchten die Briten, Tibet, das "südwestliche Tor Chinas", in eine britische Kolonie umzuwandeln.

Eine Absicht dieses Umfangs bestand bei den Briten zwar nachgewiesenermaßen nicht, doch versuchten sie immerhin, ihr strategisches Vorfeld nach Norden abzusichern und entsandten dazu eine Reihe von Handelsdelegationen (so z.B. i.J. 1885 unter Coleman Macaulay) und schließlich auch noch zwei militärisch abgesicherte "Expeditionen".

- Im März 1888 griffen britische Truppen die Longtu-Festung in Tibet an, woraufhin sich die Qing-Regierung gezwungen sah, zwei Verträge (von 1890 und 1893) zu unterzeichnen, wodurch Großbritannien das Recht erhielt, in Yatong (Südtibet) ein Handelszentrum und eine ständige Handelsvertretung einzurichten.

- Im März 1904 kam es (im Zuge der "Younghusband"-Expedition) zur zweiten britischen Invasion und zur Schlacht bei Gyantse - dem wichtigsten Ort auf der tibetischen Hauptstraße zwischen Lhasa und Shigatse, dessen strategische Bedeutung vor allem dadurch begründet wurde, daß von Gyantse aus eine Straße nach Süden führt, und zwar via Sikkim nach Indien (Karte 5). Bei der Auseinandersetzung wurde u.a. die Burg (der sog. "Zong") von Gyantse zerstört. Nach anfänglichen Verteidigungserfolgen der Tibeter sowie der Qing-Soldaten setzten sich die Briten mit ihrer militärischen Überlegenheit durch und waren so imstande, am 3. August 1904 (unter der Führung des Obersten Younghusband) Lhasa zu erreichen. Der 13. Dalai Lama floh in die Mongolei und später - auf Einladung der chinesischen Regierung - nach Beijing. Inzwischen nutzten die Briten ihren Erfolg, um sich weitere Privilegien, u.a. Handelsagenturen in Gyantse, Gartok und Yatung zu sichern. Zu diesem Zweck kam es am 7. September 1904 zur Unterzeichnung der "Lhasa-Konvention" durch die Vertreter der lokalen tibetischen Regierung sowie die Repräsentanten der drei Staats-

Karte 4:



nach: Karan a.a.O., S.6

klöster (Drepung, Sera und Ganden). Dieses (im Potala unterzeichnete) Abkommen wurde - entgegen den Bestimmungen von 1793 - ohne Beteiligung der Qing-Regierung abgeschlossen; es war der erste und einzige internationale Vertrag, der unmittelbar von den Tibetanern selbst ausgehandelt wurde. Bereits zwei Jahre später freilich (1906) unterzeichnete Großbritannien (und 1907 das zaristische Rußland) mit China ein Abkommen, in dem die chinesische Oberherrschaft über Tibet dadurch anerkannt wurde, daß die beiden europäischen Großmächte versprochen, Verhandlungen mit Tibet künftig nur noch über die chinesische Regierung zu führen. Damit war die Rechtslage von 1793 auch durch die beiden Großmächte formal anerkannt worden.

Die chinesische Regierung war mit diesem Erfolg freilich noch nicht zufrieden, sondern entsandte eine 2.000 Mann starke Armee unter General Zhong Ying nach Lhasa (1910), woraufhin der 13. Dalai Lama, der zuerst vor den Briten nach China geflohen war (1904-1909), nunmehr umgekehrt vor den Chinesen nach Indien floh, also bei den Briten Schutz suchte. China erklärte daraufhin den Dalai Lama für abgesetzt und inthronisierte an seiner Stelle den Panchen Lama.

Nach dem Sturz der Qing-Dynastie wurden die beiden Hochkommissare, ferner der Panchen Lama (der bei den Chinesen als "Patriot" galt) und das chinesische Truppenkontingent vertrieben. 1913 kehrte der Dalai Lama nach

Lhasa zurück und gab dort die bereits erwähnte "Unabhängigkeitserklärung" ab.

Die junge chinesische Republik wollte diese Vorgänge in Tibet nicht akzeptieren und begann - trotz aller ihrer Schwäche - ein militärisches Unternehmen vorzubereiten. Um neuen Zusammenstößen den Wind aus den Segeln zu nehmen, arbeitete Großbritannien auf eine Dreierkonferenz hin, die dann tatsächlich von Oktober 1913 bis Juli 1914 in Simla zusammentrat. Gleich von Beginn dieser Konferenz an bestanden die Tibetaner - angeblich Vertreter der probritischen Linie, die vorher einen Geheimvertrag mit Großbritannien geschlossen hatten - kompromißlos auf ihrer Forderung nach der Unabhängigkeit Tibets - ein Ansinnen, das von der chinesischen Seite nicht akzeptiert wurde.

Ein weiterer Punkt war der Streit um die Grenzen Tibets. Auch hier soll es, wie die mißtrauischen Chinesen annahmen, vorher zu einer Geheimvereinbarung zwischen den probritischen Tibetanern und dem britischen Repräsentanten Arthur H. McMahon gekommen sein, aufgrund deren die sog. "McMahon-Linie" festgelegt wurde. Durch diese Linie sei, so die chinesische Argumentation, ein Territorium von 90.000 qkm, das immer schon zu China gehört habe, dem damaligen britischen Indien zugeschlagen worden (dieser Streit ist zwischen China und Indien auch heute noch nicht beendet!).

Die Republik China, die an der

Simla-Konferenz nur deshalb teilgenommen hatte, weil sie dadurch von Großbritannien diplomatisch anerkannt werden wollte, akzeptierte weder die tibetische Unabhängigkeitserklärung noch die McMahon-Linie und weigerte sich, den von Großbritannien und Tibet bereits unterschriebenen Vertragstext gegenzuzeichnen.

Nach der Oktoberrevolution ließ der bisher so kräftige britisch-russische Wettbewerb um Zentralasien nach; Tibet verlor damit für Großbritannien an Interesse, und die Republik China konnte somit ihren Einfluß in Tibet wieder verstärken. 1929 entsandte die "Kommission für mongolische und tibetische Angelegenheiten" der Guomindang-Regierung in Nanjing einen Vertreter nach Tibet; 1930 richtete die tibetische Regierung eine Art "Botschaft" bei der Regierung in Nanjing ein. Vier Jahre später etablierte die Guomindang-Regierung im Gegenzug auch in Lhasa ein Vertretungsbüro. 1939 entsandte sie einen Vertreter nach Lhasa, unter dessen Vorsitz die offizielle Einsetzung des 14. Dalai Lama am 22. Februar 1940 erfolgte.

Aus der heutigen chinesischen Sicht hat die britische Tibet-Politik den Souveränitätsanspruch Chinas auch nicht einen Augenblick lang aus den Angeln heben können. Die britische Theorie, derzufolge China gegenüber Tibet immer nur Suzeränität, nicht aber Souveränität ausgeübt habe, sei unzutreffend. Schlagender Beweis dafür sei nicht nur die britisch-chinesische Konvention von 1906, durch die konkludent die chinesi-

sche Souveränität über Tibet anerkannt wurde, sondern auch das Scheitern des britischen Versuchs, durch den Einsatz probritischer Elemente in Tibet die Unabhängigkeit Tibets zu erzwingen.

Nachdem die Zähne des britischen Löwen stumpf geworden waren, schalteten sich - und zwar bereits während des 2. Weltkriegs - die Vereinigten Staaten als neuer Anwalt der "Unabhängigkeit Tibets" ein.

Die chinesische Argumentation kommt bei diesem Punkt allerdings in Beweisnot und kann nur wenige Phänomene anführen: So sei beispielsweise im Oktober 1947 eine tibetische "Handelsdelegation" nach Großbritannien und in die USA gereist, um, wie es heißt, "Weisungen der beiden Regierungen für separatistische Ränke entgegenzunehmen". Kurz nach der Ausrufung der VR China im Oktober 1949 habe der amerikanische "Geheimagent" Lowell Thomas Lhasa besucht und anschließend vor der amerikanischen Presse verkündet, daß die USA Tibets Forderung nach dem Eintritt in die UNO unterstütze. Thomas habe den tibetischen Beamten auch empfohlen, sich gegen den drohenden Einmarsch der VBA zur Wehr zu setzen und zu diesem Zweck Partisanentruppen zu organisieren.

Dazu kam es dann allerdings angesichts der Ereignisse von 1950/51 nicht mehr (Näheres dazu oben 2.1.).

3.2.1.2.

Die Befreiung von den inneren Feinden

In Tibet herrschte, so die chinesische Wortregelung, bis 1959 ein unterdrückerisches "Feudalsystem". Vor allem die kulturrevolutionäre Propaganda malte die Zustände im alten Tibet in schaurigen Farben und demonstrierte die Untaten der "Feudalisten" anhand von Exponaten, Fotos und Tabellen im "Tibetischen Revolutionsmuseum".

Unter Klassengesichtspunkten bestand die tibetische Feudalgesellschaft aus zwei Klassen, nämlich den Feudalherren und den Leibeigenen. "Drei Arten von Feudalherren" waren zu unterscheiden, nämlich der Adel, die Beamtschaft der Lokalregierung (also der oben erwähnten Gasha) und die Klöster. Die 300 Adelsfamilien und das Beamtenkorps der Lokalregierung (gasha) machten rund 5% der Gesamtbevölkerung aus. 15 weitere Prozent, d.h. etwa 180.000 Menschen, waren Lamas,

die sich auf die 2.711 Klöster verteilten, unter denen Drepung mit rund 9.000 Lamas und 700 Nebenklöstern das mächtigste war. 60% der Einwohner (rund 720.000 Menschen) waren Bauern, 20% (ungefähr 240.000) Viehzüchter.

Der gesamte Grund und Boden, der in Tibet allerdings nur auf wenigen Flächen landwirtschaftlich nutzbar ist, gehörte den "drei Gruppen von Feudalherren", nämlich der Gasha zu 38%, den Klöstern zu 37% und dem Adel zu 25%. Die übrige Bevölkerung, d.h. ungefähr 95% der damals 1,2 Millionen Tibeter, besaßen keinen Grund und Boden (20).

Die breite Bevölkerung war angesichts dieser Latifundienverhältnisse in einen permanenten Zustand der "Leibeigenschaft" versetzt, die sich in verschiedenen Formen ausdrückte:

- Steuern und Frondienste gegenüber der Lokalregierung. Es gab einen "militärischen Frondienst", einen "Fuß-Frondienst" (Hand- und Spanndienste) und einen "Hand-Frondienst" (Ablieferung von Hochlandgerste, Yakbutter und Brennholz als Deputatsleistung an die Beamten). An Abgaben wurden verlangt: die "Geburtssteuer", die "Kindersteuer" (bis zum 18. Lebensjahr), die "Kopfsteuer" (für Erwachsene), die "Hochzeitssteuer", die "Gefängnissteuer" (falls der betroffene Leibeigene ins Gefängnis geworfen wurde), die "Ohrensteuer" (wenn ein Leibeigener diese Steuern nicht bezahlen konnte, hatte der Steuerbeamte das Recht, ihm die Ohren abzuschneiden) und die "Steuer für die Befreiung von der Fronarbeit", die vom 60. Lebensjahr an zu entrichten war.

- Ernteabgaben und Zinsen (für landwirtschaftliche Darlehen) an die Feudalherren und an die Klöster. Auch in der Geistlichkeit habe es zwei antagonistische Klassen gegeben, nämlich die Großlamas ("Leibeigenenhalter im Mönchsgewand") und arme Lamas ("Leibeigene im Mönchsgewand"). Gasha, Adlige und Klöster beherrschten auch den Geldverleih; es gab keine öffentlichen Schulen und keinen Gesundheitsdienst.

Der kulturrevolutionären Darstellung zufolge machten die "drei Lehnsherren" auf finsterste Weise von ihren Herrschaftsrechten Gebrauch. Offensichtlich bestand der Lebensinhalt des Durchschnittstibeters darin, im Gefängnis zu sitzen, in einen "Skorpionkeller" geworfen zu werden und irgendwelchen Folterungen preisgegeben zu sein (21). Die Revo-

lution war m.a.W. "unvermeidlich" - und sie wurde von den Chinesen auf "friedliche" Weise durchgeführt.

Das Gasha-System wurde am 28. März 1959 durch Weisung Beijings aufgelöst und alle Macht einem "Vorbereitungskomitee für das Autonome Gebiet Tibet" übertragen.

Kurz darauf begann, wie oben (2.) bereits ausgeführt, die Sozialisierungskampagne, die das gesamte Gebäude des "Feudalsystems" zusammenstürzen ließ.

3.2.2.

Contra

3.2.2.1.

Befreiung von äußeren Feinden?

Nach der Unabhängigkeitserklärung von 1912 war Tibet bis zur Besetzung durch chinesische Truppen in den Jahren 1950/51, d.h. also fast vier Jahrzehnte lang, ein in jeder Hinsicht autonomes Staatswesen. Die Regierung konnte ihren Willen innenpolitisch unabhängig von China durchsetzen und betrieb auch eine selbständige "Außenpolitik", die sich allerdings in einer fast hermetischen Selbstisolation erschöpfte. Die Natur der souveränen Rechtspersönlichkeit Tibets war auch nicht dadurch eingeschränkt, daß die Republik China sich weigerte, dieses Staatswesen als solches und in seiner "Unabhängigkeit" anzuerkennen.

Die Zugehörigkeit Tibets zu China wurde auch nicht dadurch begründet, daß der Dalai Lama chinesischen Behörden gegenüber mehrere Male chinafreundliche Absichten bekundete (was blieb ihm schon anderes übrig!?) und daß die Republik China und Tibet im Gebiet des jeweils anderen "Vertretungsbüros" einrichteten; letztere könnten - im Gegenteil - sogar in "Botschaften" umgedeutet werden, auch wenn sie sich nicht so nannten.

Merkwürdig auch die chinesische Argumentation: Bekennt sich ein Tibeter zur Einheit mit China, ist er ein Patriot, spricht er sich dagegen aus, ein Verräter. Der 13. Dalai Lama konnte beide Prädikate auf sich vereinen: Als er 1904 vor den Briten nach China floh, handelte er patriotisch, als er jedoch 1910 vor der in Lhasa einmarschierenden Qing-Armee nach Indien (und damit unter britischen Schutz) auswich, galt er als Verräter, wurde seines Postens enthoben und durch den "patriotischen" Panchen Lama ersetzt. Patriotische Tibeter, die

sich für eine Unabhängigkeit ihres Landes aussprachen, galten als "probritische" und "unpatriotische" Spalter.

Das 17-Punkte-Abkommen vom 23. Mai 1951 wurde den Tibetern mit vorgehaltenem Gewehr aufgedrungen, ist also "ungleich" und damit nichtig. Von einer "Befreiung" Tibets kann nicht die Rede sein; das Gegenteil ist der Fall. Eine Volksabstimmung würde dies an den Tag bringen.

Auch der chinesische Vorwurf, daß der Aufstand vom März 1959 von "reaktionären Kräften" im Zusammenhang mit imperialistischen Kräften vom Zaun gebrochen worden sei, trifft nicht zu. Was eigentlich blieb einem wahren tibetischen Patrioten, der die Unabhängigkeit seines Landes wünschte, anderes übrig, als sich mit Waffen zur Wehr zu setzen, nachdem vorher alle friedlichen Selbstständigkeitsversuche fruchtlos geblieben waren!?

Was die angebliche britische Hilfe bei der Verselbständigung Tibets anbelangt, so war sie erstens das einzige Mittel, das gegen Ende der Qing-Dynastie auf die Gegenwaagschale zum übermächtigen chinesischen Einfluß gelegt werden konnte; es blieb einem echten Patrioten also gar nichts anderes übrig, als mit der britischen Karte zu spielen; zweitens aber hat Tibet vom britischen Gegengift so wenig wie überhaupt nur möglich Gebrauch gemacht. Tibet verdankte seine Selbständigkeit einerseits seinen eigenen Bemühungen, andererseits aber der Schwächung Chinas in den ersten fünfzig Jahren des 20. Jhdts.

Tibet versuchte 1950 mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, gegen den Zugriff Chinas die Unterstützung anderer Staaten zu erlangen. Nachdem es sich jedoch jahrelang selbst isoliert hatte, stieß es bei der UNO auf taube Ohren. Der wichtigste potentielle Verbündete, Indien, habe Tibet im entscheidenden Augenblick nicht helfen wollen, weil die Regierung Nehru damals um jeden Preis die Freundschaft zu China erlangen wollte und unter diesen Umständen auch bereit war, Tibet zu opfern - ein Entschluß, den sie später noch oft bereuen sollte. Tibet habe sich m.a.W. nach dem Einmarsch der VBA im Osten des Landes ganz allein einem übermächtigen Gegner konfrontiert gesehen. Obendrein habe es die chinesische Regierung verstanden, die traditionellen Spannungen zwischen Panchen und Dalai Lama zu ihren Gunsten auszunut-

zen. Der von der Panchen-Lama-Delegation im März 1951 unterzeichnete 17-Punkte-Vertrag, der einige Monate später auch vom Dalai Lama nolens volens habe unterzeichnet werden müssen, sei am Ende nichts anderes gewesen als ein Ungleichvertrag.

Das tibetische Volk sei nie gefragt worden, ob es sich eigentlich von China "befreien" lassen wolle, im Gegenteil: Kam es nicht die ganzen Jahre über immer wieder zu antichinesischen Aufständen, die keineswegs nur von "Reaktionären" getragen waren, sondern an denen sich, wie vor allem die Schlacht um Lhasa i.J. 1959 zeigte, spontan die gesamte Bevölkerung beteiligte? Waren schließlich nicht auch die erschütternden Szenen, die sich beim Besuch der vier Dalai-Lama-Delegationen (Juni 1979, Juli 1979, Mai 1980 und Juni 1980) ereigneten, unter der Hand auch eine antichinesische Abstimmung? Mußte nicht selbst die chinesische Parteiführung nach einem Inspektionsbesuch Hu Yaobangs i.J. 1980 einräumen, daß in Tibet jahrzehntelang koloniale Unterdrückungszustände geherrscht haben? Kann China unter diesen Umständen guten Gewissens den "Befreiungs"-Anspruch aufrecht erhalten?

3.2.2.2.

Befreiung von inneren Feinden?

Die Darstellung der traditionellen tibetischen Gesellschaftsverhältnisse aus der kulturevolutionären Perspektive war so verzerrt, daß sie von der heutigen chinesischen Propaganda nicht mehr wiederholt wird. Vor allem wurden damals die Entgleisungen der traditionellen Gesellschaftsordnung zum Normalzustand umgedeutet.

Niemand kann zwar leugnen, daß Tibet eine noch höchst mittelalterlich geprägte Gesellschaft war, die sich unter marxistischen Gesichtspunkten auch als "feudalistisch" kennzeichnen läßt. Als solche war sie nicht grausamer und unerträglicher als andere mittelalterliche Gesellschaften auch. Die religiöse Inbrunst der Bevölkerung, die sich auch heute noch beobachten läßt, legt im Gegenteil den Schluß nahe, daß die Tröstungen, die diese Gesellschaft bereit hielt, aus der Sicht des Durchschnittstibeters offensichtlich größer waren als das von ihr zugefügte Leid. Eine durchaus positive Bewertung des tibetischen Adels gibt übrigens - aufgrund der siebenjährigen Beobachtung - Heinrich Harrer (22).

Gewiß: Der Anschluß an China

hat das 20. Jhd. bis in die fernsten Gebirgstäler des tibetischen Hochlandes gebracht; aber haben nicht auch die europäischen Kolonialmächte im 19. und 20. Jhd. die "Segnungen ihrer Zivilisation" in asiatische Peripheriegebiete getragen? Es kann keinem Volk verwehrt werden, sich zu "befreien" - aber bitte nicht unter Einsatz auswärtiger Armeen und nach einem Revolutionsschema, das außerhalb von Tibet ersonnen wurde! Die Sowjetunion hat die Baltenländer und die zentralasiatischen Gebiete von Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan ebenfalls "befreit", ohne daß diese Völker eine solche Befreiung nach sowjetischem Muster und unter dem Druck der sowjetischen Armee gewünscht hätten. Wo eigentlich liegt der Unterschied zwischen der "Befreiung" der Baltenländer, die von Beijing schon seit Jahrzehnten aufs schärfste mißbilligt wird, und der "Befreiung" Tibets!? Auch die späteren "Befreiungs"-Taten werden von der tibetischen Bevölkerung nicht anerkannt.

Während der Kulturrevolution waren in Tibet z.B. nicht nur Han-Kader, sondern auch die wenigen tibetischen Funktionäre ins Feuer der Revisionismuskritik geraten und z.T. abgesetzt worden. Ihre Rehabilitierung fand nach 1976, vor allem aber im Zuge der neuen Tibet-Politik, statt, wie sie 1980 festgelegt wurde (23).

Umstritten auch die Befreiung Tibets von politischen Gegnern und Wirtschaftsverbrechern. Am 30. September 1983 protestierte der Dalai Lama bei der chinesischen Botschaft in Indien gegen die Hinrichtung fünf tibetischer "Top-Dissidenten", unter denen sich auch ein Mönch des Klosters Drepung befunden habe (24).

Beijing bezeichnete diese Behauptungen als reine Erfindung. Es sei richtig, daß im September sechs Personen hingerichtet worden seien, darunter aber nur zwei Angehörige tibetischer Nationalität. Drei gehörten der Han- und einer der mandchurischen Nationalität an. Alle sechs seien im Zuge der Kampagne gegen die Wirtschaftskriminalität verurteilt worden. Sie seien Kriminelle und keineswegs politische Dissidenten! (25)

Beijing dementierte auch Meldungen über die Verhaftung von 500 Tibetanern in Lhasa (26).

3.2.2.2.1.

Die "Wiedergutmachungen": ungenügend

Der Hauptvorwurf, der den Chi-

nesen heute vorgehalten wird, besteht darin, daß sie - weitab von jeder "Befreiung" - versucht hätten, die tibetische Kultur - weitgehend identisch mit dem Lamaismus - systematisch zu vernichten.

Von den i.J. 1950 existierenden 2.711 Tempeln und Klöstern haben nur 13 die Kulturrevolution überlebt (der Dalai Lama spricht sogar von einem Verhältnis 3700:13) - ein erschreckendes Ergebnis, das nur dadurch etwas aufgehellt wird, daß diese 13 zu den wirklich bedeutendsten Denkmälern des Landes gehören - unter ihnen der Winterpalast (Potala) und der Sommerpalast (Norbulinka) des Dalai Lama, die beiden Staatsklöster Sera und Drepung, das Panchen-Lama-Kloster von Taschilampo und die Kathedrale des Lamaismus, der Jokhang in Lhasa.

Die Regierung in Beijing hat inzwischen ihren Wiedergutmachungswillen gezeigt, indem sie zwischen 1980 und 1983 rund 5 Mio. Yuan für die Erhaltung und Renovierung der Klöster und Tempel in Tibet ausgegeben hat. In ganz Tibet gibt es inzwischen wieder 23 Lama-Klöster, die unter nationalem oder regionalem Denkmalschutz stehen (27). Vor allem die oben genannten - und im Rahmen der tibetischen Kunst so prominenten - Gebäude erstrahlen inzwischen in neuem Glanz. Fast überall sind die Wandmalereien sorgfältig renoviert, religiöse Statuen nachgebessert und die Außenwände der Klöster neu getüncht worden - für den Besucher eine in der Tat erfreuliche Dokumentation der Wiedergutmachungspolitik. Überall auch wieder die Bilder des Dalai Lama und die flatternden Gebetswimpel auf Gebäuden und Berghöhen. Die frühere Kritik am Dalai Lama wurde eingestellt, die "Folterkammer" im Potala aus dem Touristenprogramm herausgenommen.

Auch das religiöse Leben hat sich wieder normalisiert. Vor allem auf dem inneren Pilgerweg, der um das lamaistische Hauptheiligtum, den Jokhang in Lhasa, herumführt, dem sog. Barkhor, bewegen sich wieder Tausende von Pilgern, die aus allen Teilen des Landes kommen, die ihre besten Kleider anhaben, ihre Gebetsmühle drehen, den Rosenkranz durch die Finger gleiten lassen, z.T. auch ihre rituelle Prostration vollziehen und ihre Weihrauchopfer verbrennen. 1980 kamen 1.070.000 Pilger aus Tibet, Gansu, Qinghai, Sichuan und anderen Provinzen nach Lhasa. 1981 stieg diese Zahl bereits auf 1.250.000 an (28). 1983 gab es auch wieder 1.287

Lamas, darunter 166 Novizen - ein schüchterner Wiederbeginn.

Auch einige der seit 1959 geflohenen 100.000 Tibeter haben inzwischen die Erlaubnis zu einem Besuch ihrer Angehörigen erhalten - nicht zu vergessen drei Delegationen des Dalai Lama, die jeweils von einem seiner Angehörigen, nämlich zwei Brüdern und einer Schwester, angeführt wurden.

Religionsverfolgung: Nach dem Aufstand von 1959 begannen "demokratische Reformen", in deren Verlauf auch versucht wurde, den Einfluß des Buddhismus soweit wie möglich zurückzuschneiden. Höhepunkt dieser Verfolgungen war die zehnjährige Kulturrevolution, in deren Verlauf Tausende von Klöstern zerstört wurden. Nach Angaben des Dalai Lama haben von 3.700 Klöstern nur insgesamt 13 überlebt. Die chinesische Regierung andererseits spricht von 23 Klöstern, die inzwischen bereits wieder renoviert seien und deren Zahl sich im Zuge von Wiederherstellungsarbeiten in Zukunft schnell erhöhen werde.

Immerhin, die Spur der Vernichtung zieht sich in einem breiten Streifen durch Tibet. Der Besucher der Region, der von Lhasa nach Shigatse fährt, kann allein auf der schnell ansteigenden Strecke zwischen der Talsohle des Yalong Tsangpo und dem Yangzuoyong-See rund ein Dutzend von Klostersruinen ausmachen.

3.3. Legitimiert durch Leistung?

3.3.1. Pro China

Nach dem Inspektionsbesuch Hu Yaobangs (1980), der schwerwiegende Fehlgriff der kulturrevolutionären Tibet-Politik ans Tageslicht brachte, hat Beijing neben einer negativen Bilanz (Bedauern über die Zerstörung tibetischer Bauwerke und über die Verfolgung der tibetischen Religion) Zahlenwerke zusammengetragen, die den Fortschritt dokumentieren sollen, wie er - unabhängig von allen "Fehlern" - seit der "friedlichen Befreiung" von 1951 zu verzeichnen sei. Beijing geht davon aus, daß die in diesen Zahlen angedeutete positive Entwicklung sich in den nächsten Jahren überproportional beschleunigen wird, da ja seit Anfang 1980 ein neuer Wirtschafts- und Sozialkurs in Tibet verfolgt wird.

Einige Vergleiche zwischen 1951 und 1981 zeigen, daß sich in den dreißig Jahren nach der "Befrei-

ung" in der Tat beachtenswerte wirtschaftliche Entwicklungen ergeben haben:

- Industrie: Während es vor 1951 praktisch keine Industrie in der Region gab, verfügt Tibet heute über Elektrizitätswerke, Kohlenbergwerke, Chemie-, Baumaterial-Maschinenbau- und Holzverarbeitende Betriebe sowie über eine durchgefächerte Leichtindustrie (Wollspinnereien, Druckereien, Zündholz- und Nahrungsmittelfabriken). 1980 erreichte der Gesamtproduktionswert der Industrie 150 Mio. Yuan.

Erzeugte Tibet 1952 nur rund 10.000 kWh, so waren es 1980 175.000 kWh.

Das traditionelle tibetische Handwerk hat durch die Verfolgung der "kleinkapitalistischen" Betriebe während der Kulturrevolution schwere Rückschläge erlitten und konnte deshalb erst nach 1980 anlaufen - seitdem allerdings mit ruckartigem Erfolg.

- Landwirtschaft: 1952 wurden 155.000 t Getreide, 1980 dagegen 505.000 t, also etwa dreieinhalbmal so viel, geerntet. An Nutzvieh gab es 1952 0,74 Mio. Stück, i.J. 1980 dagegen 23,5 Mio. -eine Verdoppelung.

- Verkehr: Drei Hauptverkehrslinien sind zwischen 1954 und 1957 gebaut worden, die Tibet mit Sichuan, Qinghai und Xinjiang verbinden. Über die Qinghai-Tibet-Straße kommen gegenwärtig zwei Drittel aller Güter nach Tibet. Bis 1985 soll die gesamte 1.200 km lange Qinghai-Tibet-Straße asphaltiert sein (29). Das tibetische Straßennetz, das in Lhasa spinnennetzförmig zusammenläuft, hat inzwischen eine Länge von rund 21.000 km. Eine Eisenbahn nach Tibet ist in Bau, führt aber einstweilen nur bis Golmud (Westqinghai). Mehrere Luftlinien wurden inzwischen eröffnet, u.a. nach Chengdu, Xi'an und Golmud (in Westqinghai).

- Handel: 1952 wurden 23,27 Mio. Yuan umgeschlagen, 1980 waren es 238 Mio., also fast zehnmal so viel! (30)

- Erziehung: 1951 gab es in Tibet nur zehn Schulen, die von rund 700 Schülern besucht wurden. 98% der Tibeter waren Analphabeten. 1981 verfügte die Autonome Region über 6.586 Grundschulen, 55 Mittelschulen, 22 Berufsschulen, acht Polytechnische Schulen und vier Hochschulen (für Pädagogik, Nationalitäten, Landwirtschaft und Viehzucht), die von insgesamt 260.000 Schülern und Studenten

Gleichwohl läßt die Zuwanderung den Durchschnittstibetaner nichts Gutes ahnen, zumal durch die volksrepublikanische Provinzeinteilung das tibetische Volkstum administrativ zerschnitten wurde. Die Mehrheit der insgesamt 3.870.068 Tibeter lebt bezeichnenderweise außerhalb der AR Tibet. Alt Tibet umfaßt ja bekanntlich große Teile der heutigen Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und sogar Yunnan. (Wie von einer Salami wurde von Tibet seit 1910 ein Stück nach dem anderen weggeschnitten; dies läßt sich aus Karte 1 ersehen.)

Im Juni 1983 reiste eine tibetische Delegation nach Beijing, um eine Neufestlegung der Provinzgrenzen in der Weise zu beantragen, daß möglichst viele Tibeter innerhalb der AR Tibet leben. Dieses Begehren wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, daß sich die Grenzen in über drei Jahrzehnten Verwaltungspraxis inzwischen administrativ so nachhaltig verfestigt hätten, daß eine Abänderung nicht mehr möglich sei. Das Tibetertum fühlt sich m.a.W. von zwei Seiten her bedroht: Auf der einen Seite nimmt der Han-Bevölkerungsanteil in der Autonomen Region laufend zu, auf der anderen Seite ist die Mehrheit der Tibeter aus der Autonomen Region administrativ ausgegliedert worden - künstlich, wie manche Tibeter meinen.

Auch aus der Sicht des Dalai Lama ist die von den Chinesen vorgelegte Leistungsbilanz für sich allein keineswegs ein Legitimationsnachweis. Er macht seine von den Chinesen gewünschte Rückkehr nach Tibet davon abhängig, daß die Tibeter wieder "glücklich" sind. Wörtlich erklärte er im Mai 1978: "Wenn ich mit eigenen Augen sehe und mit eigenen Ohren höre, daß unsere Brüder glücklich sind, dann werde ich mit Freuden die Forderung (nach einem freien Tibet) aufgeben, da das Wohlergehen der Tibeter meine einzige Sorge gewesen ist" (34). Einige Monate später machte er jedoch das "Glücks"-Kriterium z.T. wieder rückgängig, als er erklärte, er werde nur dann nach Tibet zurückkehren, "wenn die Chinesen einen Volksentscheid über die Zukunft des Landes mit internationaler Überwachung zulassen" (35).

Wirtschaftliche Erfolge allein sind dem geistlichen Führer der Tibetaner also nicht genug. "Grundbedürfnisse" werden ja nicht nur durch materielles Wohlergehen gestillt, sondern darüber hinaus durch kulturelle Identität und durch Partizipation. Man müsse

sich hier eine holistische Betrachtungsweise zueigen machen und dürfe nicht einen Sektor isoliert hervorheben, um den anderen ganz unter den Tisch fallen zu lassen.

Das Werben Beijings um den Dalai Lama beweist übrigens, daß eine wirkliche Integrationsfigur in Tibet nach wie vor fehlt: Es ist ein Ausdruck der Unsicherheit. Für den Dalai Lama gilt: "Wer warten kann, wird siegen!"

4. **Schlußbetrachtungen**

Die Welt hat sich mittlerweile damit abgefunden, daß China Tibet annektiert hat - und dies im Zeitalter der Dekolonisation.

Bis vor kurzem gab es sogar noch westlichen Applaus für diesen "Befreiungs"-Akt - man denke an Han Suyins "Chinas Sonne über Lhasa" (36).

Inzwischen freilich sind Stimmen dieser Art weitgehend verstummt, und man ist geneigt, statt dessen wieder auf nüchterne Bestandsaufnahmen und Bewertungen zurückzugreifen, wie sie beispielsweise 1960 von der Internationalen Juristenkommission in Genf ange stellt wurden.

Die Kommission äußerte sich zwar nicht darüber, ob "Tibet i.J. 1950 de facto oder de jure unabhängig war, da diese Frage ja nicht" - wie es formal heißt - "Gegenstand der Untersuchungen" gewesen sei (37). Gleichwohl wollten sich die Juristen nicht jeglicher Stellungnahme entziehen und wiesen darauf hin, daß 1950 alle drei Kriterien eines selbständigen Staates (ein Volk, ein Gebiet und eine innerhalb des Gebiets funktionierende Regierung) vorgelegen hätten, und daß diese Unabhängigkeit insbesondere für die Zeit zwischen 1913 und 1950 nachweisbar sei.

Hauptuntersuchungsergebnis der Kommission war am Ende die Feststellung, daß "die Regierung von Tibet - wie am 11.März 1959 geschehen - berechtigt war, das 17-Punkte-Abkommen von 1951 für ungültig zu erklären" (38), nachdem die VR China ihrerseits die meisten Bestimmungen dieses Abkommens mißachtet habe (39).

Die Aussage der Kommission läuft also, kurz gesagt, auf die Feststellung hinaus, daß die VR China, selbst wenn sie i.J. 1950 aufgrund historischer Tatbestände zur "Befreiung" berechtigt gewesen wäre, diese Berechtigung spätestens i.J. 1959 wieder verloren hätte! Man müßte hinzufügen:

erst recht nach zehn Jahren Kulturrevolution! China beutet Tibet zwar nicht wirtschaftlich aus (man darf vielmehr unterstellen, daß die Investitionen vorerst höher sind als die Rückflüsse); es hat die "tibetischen Massen" allerdings jahrzehntlang politisch entmündigt und ihre Lebensgewohnheiten sowie ihre kulturelle Identität in krasser Weise mißachtet. Sollten all diese, heute als "Fehler" bezeichneten Mißgriffe durch die Reformbeschlüsse von 1980 wieder wettgemacht worden sein? Sollte die "historische Wende" von 1980 ex post jene Herrschaftslegitimation wiederherstellen, die die Internationale Juristenkommission der VR China i.J. 1960 aberkannt hat!?

Anmerkungen:

- 1) Vgl. z.B. BRu 1982, Nr.47, S.18.
- 2) Erklärungen am 18.April 1959, abgedruckt in Chanakya Sen, "Tibet Disappears, A Documentary History of Tibet's International Status", Bombay, u.a., 1960, S.145.
- 3) PRu 1975, Nr.29, S.25 ff.
- 4) So der Dalai Lama, zit. nach Sen, a.a.O., S.145.
- 5) Vgl. das Dokument in "Tibet and the Chinese People's Republic", A Report to the International Commission of Jurists by its Legal Inquiry Committee on Tibet, Geneva 1960, S.275, fortan "Jurists".
- 6) Ebenda, S.269 ff.
- 7) Ebenda, S.273.
- 8) Ebenda, S.4 ff.
- 9) Dawa Norbu, "The 1959 Tibetan Rebellion: An Interpretation", China Quarterly 1979, S.74-93 (80).
- 10) Ebenda, S.92.
- 11) Michel Peissel, "Cavaliers of Kham", London 1972, S.67.
- 12) Peissel, a.a.O., S.100.
- 13) Dawa Norbu, a.a.O., S.91.
- 14) Lebhaftige Darstellung von Noel Barber, "Die Flucht des Dalai Lama", München 1961.
- 15) BRu 1982, Nr.51, S.46.
- 16) Im einzelnen zu diesen Punkten vgl. Peter Schier, "Beijings neue Politik für Tibet - ein Modell für den künftigen Kurs gegenüber den nationalen Minderheiten", C.a., Juni 1980, S.481-492 (485 ff.).
- 17) BRu 1983, Nr.43, S.27.
- 18) BRu 1982, Nr.25, S.19 ff.
- 19) CiA, September 1981, S.29.
- 20) PRu 1975, Nr.28, S.18 ff. und - Zahlen - bei R.D.Senayake, Generalsekretär des afro-asiatischen Schriftstellerbüros, hielt sich in den Jah-

Fortsetzung der Anmerkungen auf Seite 773